

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kekelindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Er erscheint jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreizehnpaltiger Zeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

Das Wirtschaftsjahr 1916.

Wieder sind zwölf Monate Krieg vergangen. Aus den siebzehn Kriegsmontaten, auf die bei Ablauf des Vorjahres wir alle mit Entsetzen zurückblickten, sind nun schon neun- undzwanzig geworden, und noch immer ist es erst ungewisses Hoffen auf ein allmähliches Verfliegen der blinden Kriegsmut, von der die Völker sich unterjochen ließen; was uns beim Abschiednehmen vom alten Jahre ein wenig den Blick hellt. Die Stunde der Gegenwart selbst ist noch so unheilvoll wie alle des verfloffenen Jahres.

Soweit Industrie und Gewerbe in Frage kommen, steht Deutschland wirtschaftlich allerdings noch immer ungebrochen da; vor allem sind die Beschränkungen, daß bei längerer Dauer des Krieges die Masse der Arbeiterschaft schließlich trotz aller Einziehungen zur Truppe doch mit großer Arbeitslosigkeit zu rechnen haben würde, glücklicherweise nicht eingetroffen. Und wenn der Industrie selbst in allen ihren Zweigen auch mehr und mehr Beschränkungen auferlegt werden mußten, so hat sie, abgesehen von einigen Ausnahmen, solche Produktionsverluste durch eine um so höhere Profitrate doppelt und dreifach wieder ausgleichen können, so daß dann als Folgeerscheinung sogar die reine Luxusindustrie und das Kunstgewerbe geschäftlich in ganz außerordentlicher Weise florieren konnten. Ebenso hat die Landwirtschaft, allen Gegenmaßnahmen widertugend, es auch in 1916 vortrefflich verstanden, ungemessene Gewinne einzustreichen. Schwer gelitten hat zeitweilig nur der Kleinhandel auf dem weitverzweigten Gebiete des Lebensmittelmarktes soweit ihm die Gelder fehlten, den Schwierigkeiten bei der Vorratsbeschaffung standzuhalten oder soweit es ihm nicht gelang, der täglich wechselnden Verordnungen für die Verteilung der Produkte Herr zu werden, und außerdem die kleinsten Betriebe im Gewerbe. Die erheblichen Schädigungen, die diese erlitten, können aber weniger auf den Mangel an Rohstoffen zurückgeführt werden, sondern beruhen in erster Linie auf den direkten Folgen der Einziehungen zur Truppe.

Großindustrie und Großhandel sind im Laufe des Jahres nunmehr fast ausnahmslos den alleinigen Bedürfnissen des Krieges und der notwendigen Bedarfsbefriedigung der Bevölkerung zwangsweise untergeordnet worden und mußten staatliche Eingriffe, eine Regelung und Aufsicht über Rohstoffbezug, über Verkaufspreise der Fertigprodukte, über Absatzgebiete usw. sich gefallen lassen. Nicht nicht zu ihrem finanziellen Schaden, wie das Gesamtergebnis der Wirtschaftslage ohne weiteres zeigt. Für jede nennenswerte Industrie, für jeden Bedarf größeren Umfangs wurden in der Regel „Kriegsgesellschaften“ errichtet (oft unter Leitung der zuständigen Unternehmerorganisation, die dadurch wieder eine Stärkung ihrer Machtstellung erfährt), denen weitgehende Befugnisse für ihren speziellen Industriezweig eingeräumt wurden und die mit großen Gewinnen arbeiten konnten. Die ganze wirtschaftliche Gestaltung und Entwicklung war somit der weiteren Zusammenballung großer Kapitalien fortgesetzt günstig und sie hat ganz gewaltige Fortschritte gemacht. Das Jahr 1916 hat sicher in der Auffaugung kleiner Gelder und der Vernichtung des halbgebildeten selbständigen Mittelstandes Unübertreffliches geleistet und die großen Unternehmungen, die Aktiengesellschaften vor allem, haben durchgängig so riesig eingeheimselt, daß sie Mühe hatten, ihre Gewinne nach außen etwas verschleiern zu können. Daß dabei auch die Syndikatsbildung auf der ganzen Linie noch Erfolge hatte, ist natürlich. Die Zahl dieser Vereinigungen hat sich vermehrt und sie haben sich innerlich noch mehr gefestigt; das Kohlsyndikat konnte bereits ein Handelsmonopol vorbereiten. Vorbildlich war der Zusammenschluß großer Montanwerke und von besonderem Interesse, großen kapitalistischen Zukunftshoffnungen Raum gebend, eine Verbindung der Seeschiffahrtsgesellschaften mit der rheinisch-westfälischen

Neujahrsgruß.

Ach, wie eilig sie doch rinnen,
Jahr und Tag und Tag und Jahr.
Ihr da draußen, ihr hier drinnen,
Werdet ihr es recht gewahr?

Flüchtige Minuten schweben
Uns vorbei in leichtem Schritt;
Und es nimmt von unserm Leben
Jede sich ein Teilchen mit.

Diese gibt dir Schlag und Wunde,
Jene spendet Lust und Brot;
Eine rasende Sekunde
Sendet tausend in den Tod.

Liebersüß! schwankt Charons Rachen
Auf dem trüben Acheron;
Andre aber ziehn mit Lachen
Dem Gevatter Heim davon.

Laßt uns auch die Toten grüßen
Mit des Jahres erstem Klang,
Alle, die in hartem Hüßen
Eine wilde Zeit verschlang.

Die da hämmerten die Stufen,
Bis ein Tag die Kraft zerschlug,
Die mit stummen Lippen rufen:
Völker! ... Jahr! ... Es ist genug!

Frieden, Frieden sollst du spenden,
Alle Welt ist froh bereit,
Um in dir, in dir zu wenden,
Neues Jahr, den Geist der Zeit!

Fährst du hin auf flinken Achsen,
Häufst du eifrig Tag auf Tag,
Laß die Macht der Freiheit wachsen,
Die so lang gebunden lag.

Bürde ab der Völker Plage;
Streiche aus das Schmahwort Knecht;
Deine letzte Stunde sage:
Heilsam war ich und gerecht!

Ihr da draußen, ihr hier drinnen:
Jahr beginnt und Jahr verrinnt.
Wenn wir tren vereint sind,
Wollen wir es schon gewinnen.

Großindustrie: Hugo Stinnes trat in den Aufsichtsrat der Hamburg-Amerika-Linie und in die Verwaltung der Boermann-Linie, Friedrich Krupp trat mit dem Norddeutschen Lloyd in Verbindung. Auch die Flussschiffahrtsgesellschaften nahmen enge Fühlung miteinander. Und so weiter auf allen Gebieten.

Daß bei dem gesteigerten Wirtschaftsleben der Güterverkehr der Staatsbahnen lebhaft und gewinnbringend war, ist erklärlich; vermehrte Umkosten konnten das Ergebnis nicht beeinträchtigen. Der Geldmarkt zeigte sich den Verhältnissen gewachsen; er hat seine Flüssigkeit, unterstützt durch geschickte Maßnahmen der Reichsbank, immer gewahrt. Die Forderungen des Reiches für Kriegsanleihen und der Einzelstaaten für andere durch den Krieg entstandene Ausgaben wurden zum Staunen des Auslandes immer binnen kurzem aufgebracht.

Auf dem Arbeitsmarkte hat sich als Folge der ununterbrochenen Einziehungen eine starke Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften gezeigt, die im Laufe der Monate immer weniger befriedigt werden konnte, was selbstverständlich nicht

zum Schaden der Lohnverhältnisse ausgefallen ist. Denn man die Nachfrage nach männlicher Arbeitskraft im Januar 1916 mit 100 bezeichnet, so betrug sie im Juni bereits 102,2, im Juli 111,4, im August 122,2, im September 124,8 und im Oktober 129,6, während das Angebot der Männer — ebenfalls wieder im Januar mit 100 angenommen — im August auf 106,5, im September auf 101,9 und im Oktober auf 99,6 stand, also eine stark sinkende Tendenz aufwies. Besonders hervortretend ist die Abnahme im industriellen Westdeutschland. Deutlich zeigt sich auch der Rückgang männlicher Arbeitskraft, wenn wir die Berichte des Arbeitsmarktes daraufhin ansehen, wie viele Arbeitssuchen sich auf 100 offene Stellen meldeten. Im April 1916 konnte das letzte Mal dieser Artbrang mit etwas über 100 verzeichnet werden. Dann ist er, wenn auch schwach, unter 100 gesunken, besonders rasch seit Juni dieses Jahres, wo er noch auf 80,19 stand. Im Juli sank er dann auf 77,18, im August auf 72,47, im September auf 68,22 und im Oktober auf 64,27. Es waren also auf 100 angebotene Stellen für männliche Arbeitskraft nur noch zwei Drittel des Bedarfs an Bewerbern vorhanden. Auf dem weiblichen Arbeitsmarkte liegen die Verhältnisse freilich wesentlich anders. Prozentual ist die Nachfrage inolge des großen Bedarfs als Gehalt für männliche Arbeitskraft auch hier gestiegen, absolut ist die Zunahme aber eine geringere. Der Beschäftigungsgrad als Ganzes läßt sich recht sicher aus den Nachweisen der Krankenkassen erkennen; bei der nachfolgenden Zusammenstellung ist ebenfalls für den Januar 1916 die Zahl 100 als Vergleichszahl gewählt. Sie ist als Summe der versicherungspflichtigen, also in Arbeit stehenden Mitglieder angenommen. Die bis zum November fortgeführte Tabelle weist uns gleichzeitig noch einmal die starke Vermehrung der weiblichen Arbeitskraft im deutschen Wirtschaftsleben nach.

Stand der Beschäftigung am Ersten jedes Monats im Jahre 1916:

	Männlich	Weiblich	Insgesamt
Januar	100,0	100,0	100,0
Februar	99,7	100,2	100,0
März	99,0	100,7	99,8
April	98,6	102,3	100,3
Mai	100,9	104,7	102,6
Juni	102,2	106,4	104,1
Juli	102,1	106,0	103,9
August	101,6	106,4	103,8
September	101,1	107,1	103,8
Oktober	99,9	107,5	103,3
November	99,5	108,3	103,9

Industrie, Gewerbe und Handel haben also, soweit sie nicht schon vorher als mitleidend anzusprechen waren, auch in 1916 nicht nur durchgehalten, sondern sind zu einem großen Teile in der Lage gewesen, sich finanziell für eine noch längere Dauer des Krieges zu rüsten oder sich darüber hinaus für die Friedenswirtschaft vorzubereiten. Neben dem großen Drang aller Unternehmer auf schnelle Bereicherung hat also auch rein lautmännliche Vorsicht dazu geführt, starke Kapitalreserven zu schaffen. Zu der Vorbereitung auf die nächsten Geschäftsjahre gehören selbstverständlich solche starken Reserven; denn noch weiß niemand, was der weitere Verlauf des Krieges bringen kann oder wie sich die Verhältnisse nach Friedensschluß gestalten werden. Wird der vorläufig weitergehende Krieg den Industrien, die heute unter Rohstoffmangel leiden, die Fortführung der Betriebe überhaupt gestatten oder so weit einschränken, daß ein Verdienst schließlich ausbleiben muß — wird der oder jener Zweig der Industrie schließlich noch einmal „umgestellt“ werden müssen und wie wird dann das Geschäft gehen — wird bei eintretendem Abbau der Kriegswirtschaft das Unternehmen seine alten Absatzgebiete wenigstens einigermaßen wieder offen finden und wird es ohne Verluste mit den heutigen auseinander kommen — werden die jetzt feindlichen Staaten nach Friedensschluß ihre so oft wiederholten Drohungen wirtschaftlicher Natur wahr machen können oder nicht — alle diese Fragen und die Ungewißheit

ihre Abhängigkeit die Unternehmer selbstverständlich eine Stärkung der Betriebsmittel, also eine möglichst gute Fundierung der Anlagen, nicht außer Acht zu lassen, weil eine solche am sichersten gestattet, allen kommenden Dingen mit Ruhe entgegenzusehen. Schließlich kam in den letzten Monaten des Jahres noch das Hilfsmittelgesetz mit seinen vorwiegend wichtigsten Eingriffen in alle Betriebe und Werkstätten und damit für den Unternehmer von keinem Starbände aus eine neue Rechtfertigung hoher Gewinnraten.

Nach der weitausgehende Arbeiter wird in Anbetracht der Gesamtlage heute erst recht nichts dagegen einwenden können, wenn die Industrie sich ihre Fundamente so sicher wie möglich ausbaut — solange ihm dabei die Vertretung seiner eigenen Interessen nicht unterbunden wird und seine soziale Lage auch bei allen andern wirtschaftlichen Nachteilfaktoren genügende Berücksichtigung findet! In Bezug auf die Vertretung der eigenen Interessen war die Arbeiterschaft nach wie vor durch die Kriegsverhältnisse zwar nach außen immer noch gebunden und in der Ausübung ihrer Rechte weitgehend beschränkt, aber der Einspruch ihrer Organisationen reichte doch aus, vielfach Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und umfangreiche Festlegungen von Arbeitsverträgen zu erreichen. Einigen Berufen gelang es, Vereinbarungen über das ganze Reich zu treffen. Die günstige Lage des Arbeitsmarktes für beide Geschlechter, die wir oben schon anführten, erleichterten diese Bestrebungen und es zeigte sich auch, daß, soweit Kriegslieferungen im Betracht kamen, die militärischen Instanzen in der Regel den Befürsungen der Arbeiter und Angestellten Verständnis entgegenbrachten.

Auf der andern Seite hat die Arbeiterschaft trotzdem allerhöchsten Zeiten durchgemacht. Es hat lange gedauert, ehe gegen den mißbilligen Dürker, dem wir in erster Linie die immer härter drückende Levierung zu danken hatten, und gegen die gänzlich mangelhafte und deshalb zu den größten Ungerechtigkeiten führende Verteilung der knappen Lebensmittel strengere Maßnahmen getroffen wurden. Die zu Beginn des Jahres bestehende Reichsprüfungsstelle für Lebensmittelpreise wurde zunächst durch einen parlamentarischen Beirat ergänzt, und erst als auch dieser nicht durchzugreifen imstande war, wurde im Juni ein Kriegsernährungsamt mit weitgehenden Vollmachten geschaffen. Doch auch dieses ging zu etwas schärferen Maßnahmen immer erst dann über, wenn sich die Unmöglichkeit erwies, die notwendigen Lebensmittel, besonders die Agrarprodukte, dorthin zu bringen, wo sie gerade am nötigsten gebraucht wurden. Das Kriegsernährungsamt appellierte zunächst an die „Einsicht“ der Landwirtschaft und erlitt dabei Schiffbruch auf Schiffbruch. Erschwert wurde das Wirken dieses Amtes allerdings auf das äußerste durch eine recht ungünstige Startkonstellation und durch den Mißwachs der Hilfserträge; die entstandenen Mindererträge führten zu vielfachen Abänderungen des groß angelegten Ernährungsplans. Aber diese Schwierigkeiten auch anerkannt, so bleibt immer noch die von der Tagespresse oft gerügte und doch nur zögernd geförderte zarte Behandlung derjenigen Landwirtschaftlichen Schichten, die ihre Produkte immer so lange zurückhalten, bis die Preisfestsetzungen ihren ungezügelten Wünschen voll entsprechen. Hierdurch ist die große Masse der Bevölkerung nur zu oft in die größte Not geraten; mit Bitterkeit

mußte sie empfinden, daß Herr so Watoki nur zu recht hatte, als er bei seinem Amtsantritt es ablehnte, sich den Titel eines Lebensmitteliktators zuzulegen.

Sozialpolitisch sind auch im vergangenen Jahre einige recht gute Fortschritte zu verzeichnen. In erster Linie der, daß es endlich gelungen ist, die Reichsregierung dahin zu bringen, die Altersgrenze im Altersversicherungsgesetz von 70 auf 65 Jahre heruntersetzten. Es sind auch die Unterhaltungsätze für die Angehörigen der Kriegsteilnehmer weiter erhöht worden, und schließlich wurden im Hilfsmittelgesetz der Arbeiterschaft mehrere nicht unwesentliche Zugeständnisse gemacht, die in ihrer Wirkung sich jedenfalls noch über den Krieg hinaus als Vorteile erweisen werden.

Das alte Jahr brachte Tutz vor Trotz nach noch die Erklärung der deutschen Reichsregierung, zu einem Frieden

Herzlichen Glückwunsch
zum
bevorstehenden Jahreswechsel
unsern Mitarbeitern, allen Mitgliedern
des Verbandes, Genossen und Freunden,
die unsere gute Sache tatkräftig und
uneigennützig gefördert haben!

Herzlichen Glückwunsch
noch besonders den vielen Tausenden
Kollegen, die unter den Waffen stehen
und mit Einsetzung von Leib und Leben
fern von der Heimat, fern von ihren
Lieben unendlich harten Dienst leisten
müssen. Möge für sie alle recht bald die
Zeit der Heimkehr in den Kreis ihrer Familie
sowie in die Reihen ihrer Berufs-
organisation kommen, damit sie wieder
an menschenbeglückender Kulturarbeit
teilnehmen können!

bereit zu sein, der auch für die Gegner nicht ohneverleidend zu sein braucht; aber keine der feindlichen Regierungen hat sich bereit gefunden, in Verhandlungen über irgendwelche Friedensbedingungen einzutreten, und so wird es uns nicht erspart bleiben, die Leiden des Krieges noch weiter auszulasten. Mögen im neuen Jahre wenigstens alle Kräfte Deutschlands zusammenwirken, um die Abwicklung des inneren Wirtschaftsliebens so zu gestalten, daß die Bedürfnisse der großen Masse besser befriedigt werden, das heißt so, wie es die Umstände nun irgend gestatten. Nur dann wird, wenn die Stunde des Friedens endlich kommt, nicht nur das Großkapital, sondern das ganze Volk an dem Aufbau einer neuen Volkswirtschaft tatkräftig mitwirken können.

Zwei Jahre ohne Hoffbarkeit und noch keine Gewißheit für die Zukunft!

Winnen können sich zum zweiten Male über den rückwärtigen Tag, aber dem Bäckergewerbe Deutschlands die Lösungsvorbedenken Nacharbeit anständig. Der 6. Januar 1915 wird er in der Geschichte der deutschen Bäckerei als der glücklichste Tag gelten, aber ihre verschiedenen Gewerkschaften haben noch immer keinen auf allen Berufszugehörigen die Abminderung Ungewissheit: Was wird nach dem Kriege werden? Wird der Beschäftigte Frieden und wieder zurückkehren in den Sommer nächsten Jahres — fallen wir uns das Frieden nicht freuen dürfen, weil er uns wiederum eine unannäherliche gemeinsamen schädliche Arbeitszeit unbilligerweise aufzulegen sollen sich die Bäckereiarbeiter später sagen: „Ja, während des großen Krieges war auch einmal in der deutschen Bäckerei eine große Zeit eingetroffen; aber als die ganze Welt beglückwünschten, weil der Friede kam und mit großer Lust ein jeder an den Aufbau der neuen Wirtschaft ging, da warf man uns, die Träger der täglichen Brot, wieder in das verhasste Dunkel der Nacht zurück! Und nicht nur die Arbeiter der Bäckerei, auch jeder vernünftige Meister und jeder fortgeschrittene Unternehmer ist heute von dem dringenden Wangel erfüllt, daß die Nacharbeit dauernd beseitigt bleiben und daß nun endlich Gewißheit nach dieser Richtung geschaffen wird, damit er sich rein geschäftlich auf einen solchen Dauerzustand einrichten kann. Wir haben es freilich erleben müssen, daß auch einige rückständige Kreise in völliger Verkennung ihrer eigenen Interessen immer wieder für die Weseitigung des Nachbatterverbotes eintraten, und deshalb haben die Vorstände sämtlicher Gewerkschaften jetzt vor Ablauf des zweiten Jahres vernünftigenweises Arbeitweise am Bäckereibetriebe aus neue eine Eingabe an die Reichsregierung gerichtet, in der gebeten wird, bis 1. d. d. das Nachbatterverbot dauernd zu gestatten. Die Eingabe hat folgenden Wortlaut:

In Göttingen, Dr. Helfferich, Staatssekretär des Innern.
Hamburg, Dezember 1916.

Die Unterzeichneten erlauben ganz ergebenst, daß dem hohen Bundesrat und Reichstag des Deutschen Reiches halbjährlich eine Gesetzesvorlage unterbreitet werden möchte, durch welche die Nacharbeit in Bäckereien und Konditoreien in der Zeit von abends 10 Uhr bis morgens 6 Uhr verboten wird.

Begründung: Anfangs August des Jahres 1915 haben die Unterzeichneten gemeinsam dem Bundesrat und dem Reichstag die beiliegende Petition unterbreitet. Die Petitionskommission des Reichstages hat sich im Oktober des Jahres 1915 mit dieser Petition beschäftigt und einstimmig beschlossen:

Die Petition, soweit sie die Nacharbeit betrifft, der Reichsregierung zur Beratung zur Überweisung zu überweisen.

Die Bäcker- und Konditorgehilfen Deutschlands erlauben deshalb bringen darum, daß baldigst eine diesbezügliche Gesetzesvorlage dem Bundesrat und dem Reichstag übermittelte wird, weil wir es für dringend notwendig halten, daß schon jetzt für die Zeit nach dem Kriege in dieser Frage Klarheit für unser Gewerbe geschaffen sein muß; denn viele Bäckereibetriebe setzen sich genötigt, für den Fall, daß die Nacharbeit im Bäckerei- und Konditoreigewerbe nicht wiederkehrt, Umbauten ihrer Betriebe zwecks Vermehrung ihrer Betriebsmittel (Backöfen und Maschinen) vorzunehmen. Diese Um- und Erweiterungsbauten erfordern aber immerhin eine geraume Zeit, zumal heute die dazu notwendigen Arbeitskräfte nur in sehr beschränkter Weise zur Verfügung stehen.

Die dem Zentralverband „Germania“ Deutscher Bäckereien angehörenden Arbeitgeber haben sich bereits im Sommer des Jahres 1915 in ihrer großen Mehrheit für dauernde Weseitigung des Nachbatterverbotes ausgesprochen. 3852 Bäckereimeister stimmten dafür und nur 702 dagegen. Angehörige dieser Minorität weisen mit Vorliebe darauf hin, daß mit Rücksicht auf die sich im Laufe befindlichen Berufs-

Heber Mehl.

Unter den pflanzlichen Nahrungsmitteln stehen die Getreidarten weitans am ersten Stelle; sie verdanken dieselbe ihren großen Reichtum an Kohlenhydraten, die der Ernährung und Ernährung des Menschen besonders förderlich sind. Bei der Herstellung des Mehles lassen sich drei verschiedene Verfahren unterscheiden, auf die zum Verständnis des folgenden hier kurz eingegangen sei. In der Flachmüllerei verfolgt das Flachmehlverfahren die Aufgabe, das Mehl möglichst vollständig in einem Durchgange herzustellen. Es erfolgt ziemlich viel Kleinfeste hierbei in das Mehl zu gelangen. Die für Weizen in Betracht kommende Halbhochmüllerei schließt durch mehrmaliges Schrotten reichlichere Mengen von Grieze und Dunste auf, die gepulvert und dann zu Mehl vermahlen werden. In der Hochmüllerei wird eine nur wenig fortgeschrittene Zerkleinerung des Getreides herbeigeführt, wobei ein Grieze, dann Dunne gebildet werden, die man dann schließlich zu Mehl vermahlt.

Wir wenden uns nun dem wichtigsten, dem Weizenmehl, zu und zwar haben wir Weizen in der Flachmüllerei und harte Weizen in der Hochmüllerei Verwendung. Da in der Flachmüllerei was gemahlen wird, besitzen die Flachmehle 12 bis 13 p. p. t. Wasser, während die Hochmehle oder Pannermehle nur 9 bis 12 p. p. t. Wasser anweisen. Die Flachmüllerei ergibt gegenüber der Hochmüllerei allerdings ein um nur wenige Prozente geringeres Mängelgebinis.

Zur Prüfung der Vordrucke dient eine Reihe von Eigenschaften, wie Glanz, Farbe, Feinheit, Geschmack, Geruch, Griff, Klebrigkeit und mikroskopische Beschaffenheit und die Backfähigkeit. Hochweines Weizenmehl ist in der Farbe rein weiß. Zur Prüfung kann man sich des trocknen oder nassen Verfahrens bedienen; beim trocknen Verfahren streicht man kleinere Mengen auf einer blauen oder schwarzen Unterlage glatt und vergleicht die Farbe in hellem, klarem Licht. Mit Hilfe der Lupen kann man Schalenrestchen spielen. Das nasse Verfahren, nach dem Begründer Pelar auch Pelarieren genannt, besteht angefeuchtetes und nedergekauertes Mehl, das die Farbe schärfer wiedergibt. Eine mittlere, milchige oder trübe Farbe läßt ein verdorbenes Mehl vermuten. Auf die Ursachen verdorbener Mehle können wir noch zu sprechen. Ein gutes Weizenmehl muß einen lebhaften Glanz be-

sitzen. Die Feinheit des Mehles soll nicht staubartig, sondern körnig feinspatzig sein. Der Griff darf nicht schlüpfrig oder fompakt sein. Bereits mit der Lupe lassen sich die die Bräufigkeit beherrschenden verdichteten Mehlörucken erkennen, die mit abnehmendem Wassergehalt schnell zerfallen. Der Geruch des Mehles ist ein gutes Prüfungsmittel. Dampfer oder nasser Geruch läßt auf brandiges oder schimmeliges Mehl schließen, auch tierische Parasiten könnten die Ursache sein. Feuchte Mehle geben einen guten Nährboden für Schimmelpilze, weiß Fäulnis- und Korpsfäule. Unter den tierischen Schädlingen kommen hauptsächlich die Mehlwürmer, Mehlkäfer, Mehlmoten und die trichomartige Weizenalche in Betracht. Ueber die Anwesenheit von Milben im Mehl kann man sich ziemlich gut durch die folgende Milbenprobe Gewißheit verschaffen. Man schüttelt 200 bis 500 Gramm des verdächtigen Mehles in ein weißes Pulverglas und preßt das Mehl glatt. Nach 24 Stunden werden sich bei Anwesenheit von Milben hinter dem Glaswänden die bekannten Milbengänge zeigen. Derartige Mehl riecht sich zu Klumpchen zusammen, der Geschmack ist süßlich-bitter und kratend. Sehr wichtigen und ziemlich erschöpfenden Aufschluß über den Wert eines Mehles gibt die chemische Untersuchung. Beim Weizenmehl soll der Wassergehalt 18 p. p. t. nicht übersteigen; bei 20 p. p. t. beginnt sich das zwischen den Händen gedrückte Mehl zusammenzuballen. Nach König zeigt die chemische Beschaffenheit von feinstem Weizenmehl 10 p. p. t. Kleber, 69,4 p. p. t. Stärke, 0,3 p. p. t. Rohfaser, 13 p. p. t. Wasser und 0,48 p. p. t. Nische. Bei größerem Weizenmehl ergaben sich 11,8 p. p. t. Kleber, 66,3 p. p. t. Stärke, 1 p. p. t. Rohfaser, 12,8 p. p. t. Wasser und 1 p. p. t. Nische. Als Regel kann gelten, daß je feiner das Mehl, um so geringer der Fett-, Rohfaser- und Nischengehalt, desto größer jedoch der Stärkegehalt. Die Backfähigkeit ist am besten durch feines, weißes Mehl gewährleistet, dem auch eine größere Klebrigkeit zukommt. Der Nischengehalt ist für die Mehlprüfung nicht ohne Bedeutung; denn ein doppelter Gehalt läßt schlechte Herstellung oder Fälschung vermuten. Der normale Nischengehalt beträgt bei feinstem Weizenmehl 0,5 bis 1 p. p. t., bei mittelmäßigem 1 bis 2 p. p. t. und bei grobem Weizenmehl 2 bis 3 p. p. t. Die Ursache des zu starken Nischengehalts kann in zu weichen Mühlsteinen liegen, deren Abbruch sich dem Mehl mittelit. Beträgt der Abbruch der Mühlsteine mehr als 0,1 p. p. t., so macht er das Mehl zwischen den Sägen knirschend.

Die Fälschungen des Mehles können sich in den verschiedensten Richtungen bewegen. Mineralzusätze, wie Kreide, Gips, Schwerspat, Talk, Kaolin müssen als recht plumpe Fälschungen gelten, die daher nur selten unternommen werden. Die Feststellung derartiger mineralischer Fälschungen mit Hilfe der Chloroformprobe macht keine Schwierigkeit. Im Chloroform schwimmt das Mehl oben auf, während die Mineralien zu Boden sinken. Um das aus nach geerntetem, daher ausgewachsenem Getreide übergestellte Mehl backfähig zu machen, wird ein unzulässiger Beise-Man hinzugesetzt. Der Nachweis von Mann läßt sich dadurch führen, daß man die Mehl- oder Brotprobe mit essigsaurer Kochenille betupft; reines Mehl oder Brot färbt sich dadurch orangerot, während alannhaltiges eine karminrote Farbe annimmt. Sofern ein sehr geringer Alannzusatz gemacht worden ist, wird man sich über schärferen Alannprobe bedienen müssen. Gelegentlich sucht man schlechte Mehle auch durch einen Zusatz an Kochsalz zu heben. Das vorzüglichste Mittel zur Prüfung der Mehle bleibt natürlich das Mikroskop, sofern es sich um Feststellung der Reinheit handelt. Bestandteile der Fruchtschalenhaut, des Keimlings, Schalentelle usw. lassen sich mikroskopisch mit Sicherheit nachweisen.

Die pflanzlichen Schädlinge können im Weizenmehl gelegentlich von Bedeutung werden. Der Weizen-Stein-, Stiel- oder Schmierbrand findet sich als schwarzbraunes Pulver im Kornmehl und geht beim Mahlprozess mit in das Mehl über. Das Mehl erhält hierdurch eine Mißfarbe und zeigt auch üblen Geruch. Schimmelpilze lassen sich mikroskopisch als dicht in Ketten stehende Sporen nachweisen. Auch Bäckereien sind im feuchten Mehl nicht selten. Ein sehr unliebsamer Gast ist im Mehl das Mutterkorn, das allerdings mehr im Roggenmehl anzutreffen ist. Sind im Mehl etwa 5 p. p. t. Mutterkorn vorhanden, so wirkt dasselbe giftig. Erwärmt man Mehl in Stalllauge, so entwickelt sich bei Anwesenheit von wenigstens 2 p. p. t. Mutterkorn ein Geruch nach fauler Heringslauge. Die Anwesenheit von Kornabemehl im Weizenmehl läßt sich mikroskopisch durch Zusammengehefte rindliche, keulenförmige, spindelförmige Stierkörner mit über 1000 Zellkernen feststellen. Das Mehl enthält außerdem durch die Kornabemehl eine auffallend weiße Farbe. Die Beimengung der Kornabemehl, besonders im Roggenmehl, muß als durchaus unerwünscht bezeichnet werden,

angehörigen steht noch keine endgültige Regelung des Nacht-
bathverbotes vorgenommen werden dürfte, man müsse nach
deren Meinung hören. Die zum Heeresdienst einberufenen
Bädermeister und Gefellen haben aber doch entweder vor
ihrer Einberufung oder während ihrer Urlaubzeit Gelegen-
heit gehabt, die Wirkung der betreffenden Verordnung auf
das Gewerbe kennen zu lernen und sie dazu zu ändern.
Tatsächlich haben denn auch Feldzugteilnehmer in der Fach-
presse des Ostens ihre Meinung zum Ausdruck gebracht.

In jüngster Zeit haben mit Genehmigung des Königlich
Preussischen Kriegswirtschaftsamt und Zentralverband der Bäder
und Konditoren Deutschlands und der Gewerkschaften deutscher
Bäder, Konditoren und verwandter Berufe (Küch-Diener)
an die ihnen bekannten Adressen ihrer sich am Kriegsdienst
beteiligten Mitglieder gedruckte Stimmgelbe geschickt, um
eine Abstimmung über die Frage der Beseitigung des Nacht-
arbeit zu veranlassen. Das Ergebnis dieser Abstimmung, das
zugunsten der alsbaldigen Beseitigung der Nachtarbeit spricht,
ist folgendes:

Es gingen insgesamt 14 976 Stimmgelbe ein, aus denen
erklärten sich 14 887 Abstimmende dafür, daß die Nachtarbeit
dauernd gesetzlich verboten werden soll, und nur 88 Ab-
stimmende traten dafür ein, daß die Nachtarbeit auch dem
Krieg im Bereiche wieder zur Einführung kommen sollte.

14 802 Abstimmende erklärten sich dafür, daß schon jetzt,
also während des Krieges, ein Gesetz zum dauernden Verbot
der Nachtarbeit geschaffen werden soll, während nur 167
Abstimmende wünschten, daß das erst nach Beendigung des
Krieges geschehen möchte.

Unter den Abstimmenden befanden sich auch 3796 Bäder-
meister, die sich freiwillig mit an der Abstimmung beteiligten
und von 3037 18 für ein dauerndes gesetzliches Verbot der
Nachtarbeit und nur 77 dagegen stimmten.

8866 Bädermeister erklärten sich dafür, daß ein Gesetz
zum dauernden Verbot der Nachtarbeit schon während des
Krieges geschaffen werden sollte, und nur 188 Bädermeister
traten dafür ein, daß man damit bis zum Kriegsende
warten möge.

In diesen angeführten Zahlen kommt zweifellos eine
günstige Stimmung von Kriegsteilnehmern aus dem Bäder-
gewerbe und Bezug auf alsbaldige dauernde gesetzliche Regelung
des Nachtbathverbotes zum Ausdruck.

Wir glauben, daß irgendwelche Gründe von Bedeutung
nicht vorliegen, die es verhindern könnten, daß die Höhe
Rechtsregierung zum bald mit einem entsprechenden Gesetz-
entwurf an den Höhen Bundesrat und den Höhen Reichstag
kommt, daß vielmehr alles dafür spricht und die überwältigende
Majorität der Berufsgenossen dafür ist, daß recht bald
dieser für das Bäder- und Konditorergewerbe so außerordentlich
wichtige Frage gesetzlich geregelt wird.

In aller Ehrerbietung zeichnen:

Der Vorstand des Zentralverbandes der Bäder, Konditoren
und verwandten Berufsgruppen Deutschlands.

D. Altmann, Vorsitzender, Daniburg, Eisenbinderhof 57.
Der Vorstand des Zentralverbandes der Nahrungs- und
Genießmittelin dustrie Arbeiter Deutschlands.

P. Stöber, Vorsitzender, Düsseldorf, Corneliusstraße 126.
Der Vorstand des Gewerkschaftsverbandes deutscher Bäder, Konditoren
und verwandter Berufe (Küch-Diener).

Wilhelm Lorenz, Vorsitzender, Berlin, Schönewaldstraße 41.

Ueber die weiblichen Konditoren und die Zukunft des Konditorgehilfen

wird in den Fachblättern noch immer lebhaft debattiert, ohne
daß die meisten Schreibfessler etwas Besseres vorbrachten,
als daß man die Hoffnung nicht sinken lassen dürfe, die un-
erwünschten weiblichen Konkurrenzinnen auf dem Arbeits-
markt würden nach dem Kriege von den vernünftigen und
einsichtsvollen Herren Meistern der Küch-Kunst im eigenen

Interesse wieder aus den gereinigten Räumen der Backstübe
hinausgerannt werden. Man ist also sehr frei, sich einmal
eins etwas weniger charakt. Natur zu üben wie die "Küch-
in der "Frierer Konditorzeitung" das Wort nahm. Dar-
schrieb G. R. unter anderem:

Diese Kolleginnen werden bei Friedensschluß nicht so
einfach von der Bildfläche unserer Berufs- und Gewerbe-
welt verschwinden, wie sie von ihrer Hände Arbeit leben müssen und eine Lieb-
gewonnene Arbeit und Stellung nicht einfach aufgeben, um
den Männern Platz zu machen. Andererseits mangelt es manchen
Gehilfen an der nötigen Eifer, die ihnen die Vorgesetzten und
Trotzdem wird die weiblichen Konditoren
zu behalten und für alle Zukunft zu beschäftigen. Somit
werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach in Zukunft mit
weiblichen Konditoren rechnen müssen und es ist gewiß an-
gebracht, zusammenzufassen, was dies ein Nachteil oder ein Vorteil
für uns Gehilfen ist, und welche Stellung wir den weiblichen
Konditoren gegenüber einnehmen sollen.

G. R. erkennt dann an, daß die Frau sich für die Arbeit
in der Konditorhandwerk ausbezeichnet, als für Munition-
und Kleinarbeit zu erdachten ist, und er beklagt, daß
angehört der hohen Geschäftswelt, die nach dem Kriege
zu übernehmen sein werden, mancher Geschäftsinhaber stat-
des teuren Gehilfen eine viel billigeren Gehilfen nehmen wird
wenn er mit deren Formen auskommt. Das ist gewiß nicht ideal,
und weiblich gehandelt, aber geschäftlich und menschlich, und
deshalb zu verstehen. Gewiß betriebe diese Gefahr, und es
könne dadurch ein Zurückgehen der Löhne herbeigeführt werden,
aber selbst wenn dieser allerdings lästigste Fall eintreten sollte,
brauchen wir deshalb nicht zu verzagen, sondern müssen uns
auf uns selbst verlassen und den lange gewöhnlichen Zusammen-
schluß aller Gehilfen herbeiführen. Durch eine gute und
starke Gehilfenorganisation läßt sich manche Verschlechterung
vermeiden, Besserung herbeiführen, durch zeitliche Arbeitszeit
und Lohn der männlichen wie weiblichen Gehilfen geregelt
und genau vorgezeichnet werden." Zum Schluß wird in dem
Aufsatze nochmals dem Gebilfen Ausdruck gegeben, daß wir
in Zukunft mit weiblichen Gehilfen rechnen müssen.

G. R. trifft das Richtige! Nur durch den Zusammenschluß
der Gehilfenchaft ist eine Regelung der ganzen Frage zu
erreichen, und wenn der männliche sowohl als der weibliche Ge-
hilfe im gegenwärtigen Interesse zu ihrem Rechte kommen
sollen, so müssen auch beide der Organisation zugeführt
werden. Für eine solche Organisation braucht aber nicht erst
mit vielen Mühen die Grundlage geschaffen zu werden —
dies ist im Zentralverband der Bäder und Konditoren Deutlich-
lands gegeben — der einzig und allein von allen nach be-
stehenden Organisationen in der Lage ist, sofort mit starken
Mitteln zum Besten der ganzen Gehilfenchaft zu wirken!

Backzulage.

Unserer Berliner Verwaltung war es bekannt geworden,
daß man den in Feldbäckereien Beschäftigten die ihnen zu-
stehende Backzulage feinerzeit wohl vorerhalten, aber aus
Sparsamkeitsgründen noch nicht nachgezahlt hat. Die Berliner
Verwaltung wendete sich deshalb nochmals an das Kriegs-
ministerium mit der Anfrage:

Gaben die Mannschaften der Militärbäckereiabteilung
oder der Feldbäckereikolonnen Anspruch auf Nachzahlung
der ihnen nach dem Erlass des Herrn Kriegsministers vom
1. August 1916 (Nr. 1361. 7. 16. B 2.) nicht ausgezahlten
Backzulage?

Einige Fälle verlangter, aber verweigerter Nachzahlung
wurden dabei angeführt. Unter dem 19. Dezember ging
nun unserer Verwaltung folgendes Schreiben des Kriegs-
ministeriums zu:

Nr. 1026. 12. 16. B 1.

Auf das Schreiben vom 30. Oktober 1916 wird er-
gebenfalls mitgeteilt, daß die durch Erlass vom 17. Oktober 1914
Armeeverordnungsblatt Seite 369 bewilligte Backzulage,

soweit Sie bisher nicht zur Zahlung gelangte, auf Antrag
vom zuständigen Truppendienst nachträglich zu zahlen ist.

Wegen der hiefür angeführten Fälle ist wegen Nach-
zahlung der Zulage des Erforderliche vom General-
intendanten des Feldheeres veranlaßt.

Im Auftrage (Unterschrift)

Diese Auskunft dürfte wohl alle Unklarheit beseitigen.
Wenn unsere im Felde stehenden Kollegen, soweit Sie in
Bäckereien beschäftigt werden oder beschäftigt wurden, die
Backzulage feinerzeit nicht bezahlt worden ist, so werden Sie
dieser auf Antrag bei dem in Frage kommenden Truppendienst
nachgezahlt erhalten.

Gewerkchaftlicher Maßnahmen zur Durchführung des Hilfsdienstgesetzes.

Das Gesetz über den wasserländischen Hilfsdienst liegt in
den §§ 7 und 9 Ausschüsse vor, in denen Vertreter der
Arbeiter und Angestellten sich und Stimme erhalten sollen.
Der nach § 7 einzusetzende Ausschuss hat die Aufgabe, die
Hilfsdienstpflichtigen dann, wenn Sie der öffentlichen Auf-
forderung, sich zur Arbeit zu melden, nicht nachkommen,
durch schriftliche Aufforderung dazu zu veranlassen. Der nach
§ 9 einzusetzende Ausschuss hat darüber zu entscheiden, ob dem
Hilfsdienstpflichtigen, der keine Arbeitsstelle wechseln will,
von dem Unternehmer die hierfür erforderliche Beschlei-
gung (Striegschein oder Arbeitsschein) auszustellen ist. Erhat
außerdem Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis, die nicht
durch den Arbeiterausschusses Betriebes, der nach § 13 des
Gesetzes einzusetzen ist, ihre Erledigung finden, zu schlichten,
oder diese Streitigkeiten durch einen Schiedsspruch zu ent-
scheiden. Nach dem Gesetz soll in der Regel in jedem Bezirk
einer Arbeitskommission je ein Ausschuss errichtet werden. Diese
Bestimmung des Gesetzes in vollem Umfange durchzuführen,
wird nicht immer möglich sein, da wir mehr als tausend Straf-
kommissionen haben. Es dürfte eintrittweilen genügen, daß
zunächst ein Ausschuss nur für den Bezirk eines Bezirks-
kommandos eingesetzt wird. Nach sich später für irgend-
einen Bezirk einer Arbeitskommission noch ein Ausschuss er-
forderlich, so kann das dann nachgeholt werden.

Es machte sich deshalb zunächst notwendig, die Aus-
schussmitglieder und ihre Erbgänger für den jeweiligen Be-
zirk eines Bezirkskommandos zu ernennen.

In beiden Ausschüssen sollen je zwei ständige Vertreter
der Arbeiter vorhanden sein. In dem Ausschuss nach § 9
tritt außerdem noch ein ausländischer Mitglied als Vertreter
der Arbeiter hinzu, der jeweilig aus dem Bereiche zu bestimmen
ist, aus welchem ein Streitfall zur Entscheidung vorliegt.

Die schon auf der Konferenz zusammengetretenen Gewer-
schaften und Angestelltenverbände, nämlich die freien, die
christlichen Gewerkschaften, die Frisch-Düsseldorfer Gewer-
vereine, die polnische Berufsvereinigung, die Arbeitsgemein-
schaft der kaufmännischen Berufe, die Arbeitsgemeinschaft für
einheitliches Angestelltenrecht und die Arbeitsgemein-
schaft für die technischen Berufe, waren daher übererein-
gekommen, gemeinsame Vorschlagslisten für die in den Aus-
schüssen zu ernennenden Personen dem Kriegsamts einzureichen.

Die Aufstellung dieser Listen ist nun in Konferenzen, die
für jeden Bezirk eines Armeekorps einzuberufen waren, er-
folgt. Zu diesen Konferenzen sind Vertreter der verschiedenen
Gewerkschaftsrichtungen aus den Orten herangezogen worden,
an denen ein Bezirkskommando seinen Sitz hat. Die Ein-
berufung und Leitung dieser Konferenzen erfolgte durch eine
Vertrauensmännerkommission, zu der jede der beteiligten
Organisationsgruppen einen Vertreter stellt. Diese Kon-
ferenzen haben meist schon am Sonntag, 17. Dezember, getagt,
da die Vorschlagslisten bis zum 23. Dezember eingereicht
sein sollten.

Das Kriegsamts beabsichtigt, beide nach § 7 und § 9 des
Gesetzes zu wählenden Ausschüsse mit denselben Personen zu
besetzen und die Gewerkschaften und Angestelltenverbände haben
sich diesem Vorschläge des Kriegsamts in Hinblick auf den

da im Korn das sehr gültige Capetarin ruht. Die Anwesen-
heit von Nachschweizen im Weizenmehl läßt sofort den Schluß
zu, daß das Getreide schlecht gereinigt wurde. Nachschweizen
gibt dem Mehl im Laufe der Zeit eine dunkelviolette Farbe.
Die meisten Mehlsverflechterungen wollen sich nach wohl
in der Richtung, daß einer besseren Sorte eine schlechtere
zugefügt wird. Ob Weizenmehl mit Roggenmehl, Hafermehl,
Gerstenmehl oder andern minderwertigen Mehlen vermischt
wurde, läßt sich immer mit Hilfe des Mikroskops feststellen.
Die einzelnen mikroskopischen Merkmale hier zu erläutern,
würde aber zu weit führen. Geringere Weizenmehle sucht
man auch dadurch in ihrer Backfähigkeit zu heben, daß man
Pferde- oder Bohnenmehl hinzufügt. Der jetzt im Kriege
zulässige Zusatz von Kartoffelmehl zum Weizenmehl ist
bevorzugt an Frankreich auch sonst üblich. Die mikroskopische
Untersuchung hilft sich hierbei immer auf die Verfeinertheit
der Stärkekörner. Es sei übrigens bemerkt, daß die Mischung
des Weizenmehls mit andern Stärke-führenden Mahlprodukten
durchaus nicht immer eine Fälschung darstellt und oft auch
zur Verbesserung eines bestimmten Mehls unerlässlich erscheint.

Als Fälschungen müssen dagegen Zusätze von Hartweizen
organischen Mahlprodukten angesehen werden. In diesem
Sinne ist Leinwandmehl zu nennen; auch Polzmehl fällt in
dieses Gebiet.

Wir lassen nunmehr einige Bemerkungen über Roggen-
mehl folgen. Das eine graugelbe Farbe besitzende Roggen-
mehl wird nie fein vermahlen wie das Weizenmehl. Die
Herstellung erfolgt meist nach dem Flachmahlverfahren, ge-
legentlich auch nach einem vereinfachten Hochmahlverfahren.
In einigen Teilen Deutschlands, so im Norden und Westen,
treibt man die Kleie nicht vom Mehl. Kommißbrot, weiß-
fälscher Pumpernickel und holländisches Schwarzbrot werden
aus einem Roggenmehl gebacken, das nur von den herbiten
Schalenbruchstücken durch Abreiben befreit worden ist. Aus
der Roggenfrucht lassen sich im Durchschnitt gewinnen 73 bis
75 pZt. Mehl, 10 pZt. Futtermehl und 16 pZt. Kleie. Als
Mittelwerte des Roggenmehls lassen sich annehmen: 14 pZt.
Wasser, 12 pZt. Stichtstoffkörper, 2 pZt. Fett, 59 pZt. Stärke,
11 pZt. Zucker und Dextrin, 1,5 pZt. Rohfaser und 1,5 pZt.
Nähe. Bei groben Mehlen steigt nach König, der Nährungsgehalt auf
17 bis 25 pZt. In der Roggenfrucht beträgt der Nährungsgehalt
35 bis 6 pZt. Im allgemeinen muß die Backfähigkeit des

Roggenmehls als gering bezeichnet werden. Gegenüber dem
Weizenmehl verweist sich der Roggenkleber arm an Gliadin,
auch die Wasserbindung ist geringer. Die dunklere Farbe
des Roggenmehls läßt Fälschungen leichter vorfallen gehen;
im übrigen gilt hinsichtlich der Art der Fälschungen der
Roggenmehle dasselbe, was von den Weizenmehlen gesagt
wurde. Beim Roggenmehl als Brotmehl ist es ein zwei-
gelbter Brauch, durch Zusatz von Weizenmehl ein Weizenmehl
zu schaffen, das wesentlich besser bindet als reines Roggen-
mehl. Im Wiener Mehlgewerbe ist kaum weizenreines Roggen-
mehl anzutreffen. Gewübten Bäckern ist es möglich, den Weizen-
mehlgehalt im Roggenmehl an der Bindigkeit durch Kneten
eines kleinen Quantums an der vorderen Gaumenfläche mit
der Zunge zu erkennen.

Was das Gerstencmehl betrifft, so wird es bei uns
meist als Zusatzmehl für andere Mehle benutzt. Dagegen
wird Gerstenmehl in Norwegen, Schweden, Galizien und
Sizilien als Brotmehl verwendet. Das Gerstebrot ist ziem-
lich schwer, hat aber den Nachteil, schnell hart und brüchig zu
werden. Aus 100 Teilen Gerstenform läßt sich eine Ausbeute
von 71 pZt. Mehl und 15 pZt. Kleie erzielen. In Deutsch-
land findet die Gerste neben der Bierherstellung hauptsächlich
als Graupen und Kochgrüß Verwendung. Graupen sind
gepulverte, abgeschliffene, abgerundete und polierte Gersten-
körner, die im Handel als Graupen 1 und 2, Perlgraupen,
gewöhnliche Graupen und Schiffsgraupen geführt werden.
Gelegentlich werden die Gerstengraupen auch mit Graupen
aus Weizen oder Roggen gemischt. Kochgrüß sind die be-
kanntesten kleineren runden oder eiförmigen Körner, die von der Schale
vollig befreit sind. Nach König zeigen Gerstenmehl und Koch-
grüß folgende Bestandteile: 15 pZt. Wasser, 11 pZt. Sticht-
stoffkörper, 1,5 pZt. Fett, 6 pZt. Stichtstofffreie Extraktstoffe,
3 pZt. Zucker, 6,5 pZt. Dextrin, 0,5 pZt. Rohfaser und
0,6 pZt. Nähe.

Der Hafer ergibt ein graugelbes Mehl, das durch die
Schalenreste gelblich oder braunrötlich marmoriert erscheint.
Das Hafermehl neigt leicht zum Verderben und wird bald
bitter und sauer. Das Hafermehl wird in einigen nordischen
Ländern an dem Brotmehl zugegeben, was bei uns auch im
Schwarzwald geschieht. Dagegen hat die Hafergrüße bei
uns ziemliche Verbreitung gefunden. Bei der Hafergrüße
handelt es sich um entpelzten Hafer. Das unter dem Namen

Quaker Oats bekannte Produkt ist nichts anderes als durch
Maschinen gereichte und zerquetschte Haferfrüchte. (Hoffentlich
gelangt es nach dem Kriege für dieses Produkt einen deutschen
Namen zu finden.) Die Haferfrucht ergibt eine verhältnis-
mäßig geringe Ausbeute von nur 46 bis 70 pZt. Mehl. Das
Hafermehl ist zusammengesetzt aus 9 pZt. Wasser, 11 pZt.
Stichtstoffkörper, 6,7 pZt. Fett, 70 pZt. Stichtstofffreie Körper,
0,9 pZt. Rohfaser und 1,5 pZt. Nähe.

Das Schneeweisse und stark äufferst reiche Meismehl
kommt in Deutschland als Nahrungsmehl kaum in Betracht;
es dagegen in England ziemlich verbreitet. Bei uns nimmt
es die Stellung eines Zusatzmehls für präparierte Mehle ein.
Es findet auch in der Konditorei Verwendung.

Der Weizen hat die und da Buchweizenmehl
auf den Markt gebracht. Das ziemlich grüßige Buchweizen-
mehl zeigt in der Zusammenfassung: 13,5 pZt. Wasser, 10 pZt.
Stichtstoffkörper, 1,5 pZt. Fett, 76 pZt. Stärke, 0,7 pZt. Roh-
faser und 1,2 pZt. Nähe. Buchweizen wird zu Nudeln
und Was benutzt.

Das gelblichweiße Meismehl erscheint in verschiedenen
Mahlprodukten auf dem Markt, und zwar als geichroterter
Maiz, bekannt unter dem Namen „Zea“ als Kaffeezucker,
Polentamehl, Potentagrüß und als Maizstärke oder
„Mazena“. Das Maismehl, meist von den Griechen abge-
schichtet, ist infolge seines Fettgehaltes von geringer Backbarkeit.
In der chemischen Zusammenfassung zeigt es 13 bis 14 pZt.
Wasser, 4 bis 5 pZt. Fett, 62 bis 65 pZt. Stärke, 4 bis 10 pZt.
Stichtstoffkörper, 1,5 bis 6 pZt. Rohfaser und 1,3 bis 2 pZt.
Nähe. In England und Nordamerika wird Maismehl viel-
fach mit Weizenmehl gemischt, wodurch das Brot nicht so
stark hart und brüchig wie reines Maizbrot wird.

Die mikroskopische Untersuchung aller Mahlprodukte läßt
sich wesentlich erleichtern, wenn man die Gewerkschaften über
Zustandsfragen vorher führt; hierfür leistet Naphthylen-
blau vorzügliche Dienste. Für Backwerke müssen alle Mehle
möglichst reichhaltig und trocken sein; schlechtere Mehle
können durch Zusatz reineren Weizenmehls sowie durch Koch-
salz und Glutamehl backfähiger gemacht werden. Längere
praktische Erfahrung spielt, wie überall, für die Mehlscheidung
eine wichtige Rolle.

Dr. B. Martell.

gewöhnlichen starken Mangel an für diesen Zweck geeigneten Stellen ausgeglichen. Es sind deshalb in den Konferenzen, denen die Ernennung der Ausschussmitglieder oblag, für beide Geschlechter in der Regel nur zwei ständige Mitglieder und zwei Ersatzmitglieder bestimmt worden. Bei der Ernennung der Vertreter sind die Gesetzmänner für die Ausschüsse fast immer auf die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Beruf oder einer bestimmten Organisationsgruppe Rücksicht genommen worden, als vielmehr darauf, daß die Stellen mit weiblichen Kräften besetzt werden, da bei der Entscheidung über Angelegenheiten eines besonderen Berufes vor dem Ausschuss stets ein Vertreter des in Frage kommenden Berufes als ständiges Mitglied hinzuzuziehen wird, so daß damit eine fachkundige Vertretung gesichert ist. Mit den Angestelltenverbänden ist eine Verständigung dahin erfolgt, daß von ihnen nur Gesetzmänner gestellt werden dürfen, und zwar am Sitz eines Kommandos oder an sonstigen für die Angestellten wichtigen Orten. Notwendig war es, darauf zu achten, daß die Ausschussmitglieder in dem Bereich des jeweiligen Kommandos wohnen. Einem der Ausschussmitglieder muß unbedingt am dem Orte wohnen, in dem der Ausschuss seinen Sitz hat. In der Regel wird das auch der Fall des Bezirkskommandos sein, jedoch ist das nicht unbedingt erforderlich sein. Die Ernennung der ständigen Mitglieder nach § 9 ist auf den Konferenzen nicht erfolgt, weil diese stets aus den Berufen entnommen werden sollen, in denen der Streik entstanden ist.

Auch über die Wahl der Arbeitervereine wurde auf den Konferenzen verhandelt. Es ist versucht worden, ebenso wie bei der Aufstellung der Vorschlagslisten für die Ausschussmitglieder, eine Verständigung über die Listen für die Wahl der Arbeitervereine herbeizuführen.

Die Vertrauensmännerkommissionen sollen für die Dauer des Krieges fortbestehen; sie sollen eine ständige Verbindung zwischen den Gewerkschaften und den Angestelltenverbänden unterhalten.

Diese Richtlinien für die Wahlen zu den Ausschüssen waren gelegentlich der in Berlin abgehaltenen Konferenz der Gewerkschaften in einer Broschüre besprochen worden. Die Vertrauensmännerkommissionen sind dort auch schon eingetragt.

Unternehmerverbände im Jahre 1914

Das hiebei vorausgehende 13. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt enthält die Berichte über den Stand der Organisationen der Unternehmer, der Angestellten und der Arbeiter vom Jahre 1914. Die Arbeiterorganisationen haben ihre Berichte langjährig veröffentlicht, wir beschränken uns deshalb auf die Besprechung der Unternehmerverbände.

Die Einwirkungen des Krieges auf die Entwicklung und die Tätigkeit der Unternehmerverbände haben in der vom Reichsarbeitsamt angeführten Arbeit besondere Berücksichtigung erfahren, wobei zu bemerken ist, daß allerdings zur die ersten fünf Monate des Krieges in Frage kommen.

Die Statistik unterscheidet vier verschiedene Gruppen. Die einen drei Gruppen beschäftigen sich mit wirtschaftspolitischen und der Regelung bestimmter geschäftlicher Fragen (Gesetzgebung, Schulung, Fortbildung). Die eigentlichen Unternehmerverbände, deren Hauptaufgabe in der Wahrung der besonderen Interessen der Unternehmer gegenüber den Arbeitern (Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse) besteht, bildet die vierte Gruppe. Eine genaue Scheidung freilich ist nicht durchführbar, weil die Aufgaben der einzelnen Verbände nicht immer genau abgegrenzt sind, besonders aber auch deshalb nicht, weil die Berichte der Unternehmerverbände hierüber volle Aufklärung nicht bringen.

Die Zahl der Unternehmerverbände ist selbst im Jahre 1914 noch um einige gestiegen, von 3670 auf 3683. Dagegen ergibt sich für die Zahl der Mitglieder und der von ihnen beschützten Arbeiter ein Rückgang. Die Mitgliederzahl ging von 167.673 im Jahre 1913 auf 156.338 im Berichtsjahre zurück, die Zahl der beschützten Arbeiter von 4.841.217 auf 4.281.477. Es wäre aber wünschenswert gewesen, daß sich daraus keine Schlußfolgerung auf die Entwicklung der Unternehmerverbände unter dem Einfluß des Krieges ziehen lassen. Der Grund liegt, so heißt es weiter, in der besonders harten Lage der Arbeitgeber. In der Tat ist durch den Krieg die Tendenz zur Organisationsbildung bei den Arbeitern sehr gestärkt, die Entwicklung der Karteile sehr begünstigt worden. Die Art des Aufbaus der Kriegsversorgungsorganisation habe bisher auch die Förderung gegeben, gleichzeitig als Organisation von Arbeitgebern aufzutreten. Soweit die Industrie mit Kriegsmaterialien versorgt werden muß, ist eine Organisation der Unternehmer erfolgt, die auf Versorgung der Unternehmer selbst über der Behörden.

Die Interessen der heimischen Hersteller von Kriegsmaterialien müßten zu Verbänden zusammengeschlossen werden, ihren nicht solche schon bestanden, schon um ein Organ zu haben, um das die Unternehmer mit ihren Wünschen und Forderungen sich werden können.

Der Krieg hat das Zusammenwirken von Arbeiter- und Unternehmerverbänden in hohem Maße gefördert. Bei Ausbruch des Krieges ist dies von größter Bedeutung für die Einschränkung der Arbeitslosigkeit geworden. Einem neuen Einheitslohn habe das Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter durch die Bildung von Arbeitsgemeinschaften gefunden, die für eine ganze Reihe von Berufen zu bestimmten gemeinsamen Zwecken geschlossen worden sind.

Aus dem Zahlenwerk sei folgendes mitgeteilt: Die meisten Unternehmer waren im Berggewerbe, nämlich rund 6000, organisiert. In weitem Abstand folgt die Holz- und Eisenindustrie mit 13000. Dann folgen mit annähernd gleich viel Mitgliedern die Metallbearbeitung (13000), das Holzgewerbe (12000), die Landwirtschaft (9100), das Berggewerbe (8500) usw. Ein ganz anderes Bild und ganz anderes einen besseren Maßstab für die Verteilung der Besetzung und der Mitgliederzahl, die dem einzelnen Verband zukommen ist, bieten die Zahlen der beschäftigten Arbeiter. Hier tritt die Metallbearbeitung mit 25000 beschäftigten Arbeitern am meisten hervor. Es folgen Bergbau mit 64200, Eisenbahngewerbe mit rund 40000 Arbeitern. In ganz erheblichen Umfang im Berggewerbe, 316000 auf 197.000, erklärt der Bearbeiter in jedem Teil aus der industriellen Berichterstattung.

An der Hand des Fragebogenmaterials und mit Benutzung anderer Quellen wurde auch im Berichtsjahre versucht, den Zusammenschluß der Unternehmer zum Zwecke der Streikversicherung darzustellen. Über auch hier wird über diejenige Anzahl von Unternehmern berichtet, die Streikversicherungsvereine der Fragebogen gestellt. Im übrigen mußte, da der Krieg die wirtschaftlichen Kämpfe zum Schweigen brachte, namentlich auch die Bedeutung der Streikversicherung in den Hintergrund treten. Für das Berichtsjahr sind dem Reichsarbeitsamt insgesamt 21 Streikversicherungsvereine bekanntgemeldet, gegen 19 im Jahre 1914. In erster Linie kommt die Zentralvereinigung der Streikversicherer in Betracht, die sich im Dezember 1914 mit dem Charakter einer Rückversicherungsanstalt in Betracht. Daran reiht sich 11 rückversichernde Gesellschaften und 9 nicht rückversichernde Gesellschaften.

Nach den Erhebungen unterrichteten 190 Unternehmerverbände eigene Arbeitsnachweise, gegen 196 im Vorjahre; die Zahl der Nachweistellen betrug 284 gegen 276. Über die Vermittlungstätigkeit lagen von 211 Unternehmerangaben vor. Sie konnten während des Jahres 1914: 959472 Stellen gegen 1288793 im Vorjahre besetzen.

Ein besonderes Kapitel bilden diesmal die Kriegsvorunterstützungen der Unternehmerverbände.

Verbandsmitglieder!
In den ersten Wochen des neuen Jahres findet in jeder Zahlstelle die Generalversammlung — die wichtigste Versammlung des ganzen Jahres — statt. Jedes Mitglied hat diese Versammlung zu besuchen, wenn ihm das Wohl des Verbandes am besten liegt und ihm seine eigenen Interessen etwas gelten! Wenn auch, wie bei allen Wahlen während des Krieges, aus Rücksicht auf die im Felde stehenden Kollegen vielfach von einer Neuwahl der Verwaltungsmglieder Abstand genommen werden kann, so müssen aber erst recht die noch vorhandenen Kräfte sorgfältig geprüft und zusammengefaßt werden. Sera und willig auf sich, deshalb jeder zur Mitarbeit zur Verfügung stellen. Vor allem darf kein Kollege und keine Kollegin in der Generalversammlung der Zahlstelle fehlen; alle ohne Ausnahme haben über die zukünftigen Arbeiten der Organisation mit zu entscheiden!

54 Verbände, davon 10 Lokalverbände, 2 Verbändebüros und 17 Einzelstreifen haben Erhebungen hierüber angestellt und darüber berichtet. Diese erstrecken sich aber auf das volle erste Kriegsjahr, es wird eine Unterzählungsumme von rund 152 Millionen Mark herausgerechnet. Ohne die Hilfslosigkeit der Unternehmer verkleinern zu wollen, müssen wir doch den angeführten Zahlen mit einigem Zweifel begegnen. Es handelt sich um vorläufige Gehälter von Angestellten, um bare Unterzählungen für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und Arbeiter. Die Summen, die in Form von Lohnrückstellungen gewährt worden sind, ohne daß nach Lage der Sache eine Lohnrückzahlung gerechtfertigt gewesen wäre, sind nach den Angaben der Unternehmerverbände, die die Auffragen selbständig vornehmen, nicht mit eingerechnet. In der Beurteilung über Lohnrückstellungen, die „gerechtfertigt“ sind, dürften wir wesentlich andere Ansichten vertreten als die Unternehmer. Ebenfalls nicht können wir alle den Angestellten fortgezählten Gehälter als Unterzählungen buchen. Beachtenswert ist schließlich, was der Bearbeiter, Herr Dr. Rauch, zu diesem Punkt bemerkt. Er sagt: „Unter Gegenüberstellung dieser Zahlen mit den seitens der Gewerkschaften für die Unterzählung ihrer Mitglieder angegebenen Summen hat sich eine Meinungsverschiedenheit darüber entwickelt, von welcher Seite die größeren Leistungen auf diesem Gebiete vollbracht worden seien. Dem Standpunkt des Statistikers aus ist ein solcher Vergleich überhaupt nicht durchführbar, weil die Tragfähigkeit heider Teile außerordentlich verschieden beurteilt werden muß und ein Vergleichsmassstab für die Aufrechnungen beider Teile für die Zwecke der Kriegsvorunterstützungen fehlt.“

In der Arbeit

Die deutsche Industrie arbeitete im 27. Kriegsmonat gleich stark, eher noch stärker als in den Monaten zuvor. Namentlich in den Betrieben, die unmittelbar für die Kriegsvirtschaft tätig sind, ist der Beschäftigungsgrad äußerst lebhaft. Dies gilt besonders für die Eisen-, Metall- und Maschinenindustrie, deren Betriebe in ungeheurer Weise in Tätigkeit sind. Auch der Bergbau und die elektrische Industrie sind in allgemeiner Anspannung lebhaft beschäftigt. Die chemische Industrie und das Holzgewerbe weisen im großen ganzen die gleiche Lage auf wie in den Vormonaten, zum Teil ist eine Steigerung eingetreten. Im Berggewerbe läßt sich im allgemeinen keine Veränderung feststellen.

Die Nachforschungen der Krankenkassen ergaben für November den Anfang des vorhergehenden Monats gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 16,915 oder 0,29 pZt. Die weibliche Beschäftigung wies eine Zunahme um 67.688 oder 1,69 pZt. auf. Insgesamt ist eine Steigerung der Beschäftigtenzahl um 50.771 oder 0,61 pZt. zu verzeichnen. Der Kriegseingetragenenarbeit ist in den Ergebnissen der Krankenkassen nicht enthalten. Nach den Feststellungen über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden wurden Ende Oktober

in 38 Verbänden, die für 810481 Mitglieder berichteten, 15820 Arbeitslose gezählt. Das sind 2,0 pZt. gegen 2,1 pZt. im Vormonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt für das männliche Geschlecht eine günstige Gestaltung der Verhältnisse erkennen, während für die weibliche Arbeiterschaft keine wesentliche Besserung zu verzeichnen ist. Im Monat Oktober wurden bei den Männern auf je 100 Stellen 64 Arbeitsuchende gezählt (im Vormonat 68); der Andrang der weiblichen Arbeitsuchenden hat sich von 134 auf je 100 Stellen auf 135 im Berichtsmontat erhöht. Die Berichte der Arbeitsnachweiseverbände aus einer Reihe von Staaten lassen keine erhebliche Veränderung der Arbeitsmarktlage erkennen. Besonders günstig, namentlich für die männlichen Arbeitskräfte, blieb die Arbeitslage in Berlin-Brandenburg. In Hamburg und in Westfalen gestaltete sich für die Frauen der Arbeitsmarkt günstiger; in Bayern dagegen ging für die weiblichen Berufen die Beschäftigungsmöglichkeit etwas zurück.

Für Wähler und Kandidaten wurden bei den Arbeitsnachweisen, die sich mit der Vermittlung dieser Berufe befaßten, im Oktober 3379 Arbeitsuchende eingetragen, denen 4327 offene Stellen gegenüberstanden. Besetzt wurden 2676 Stellen. Auf je 100 Stellen kamen 101 Arbeitsuchende, gegen 91 im gleichen Monat des Vorjahres und 101 im Vormonat. Gegen das Vorjahr hätte sich danach die Lage verschlechtert. Wie sich die Arbeitsuchenden und die Stellen auf die einzelnen Landesgebiete verteilen, geht aus folgenden Zahlen hervor:

Landesgebiete	Zahl der			Auf je 100 offene Stellen eintragene Arbeitsuchende
	Arbeitsuchenden	offenen Stellen	besetzten Stellen	
Ostpreußen	60	48	36	1,25
Westpreußen	57	46	48	1,19
Berlin-Brandenburg	1541	1484	1422	1,08
Provinz Hannover	44	33	21	1,38
Posen	33	28	26	1,17
Schlesien	68	106	40	0,84
Sachsen	143	171	120	0,83
Schleswig-Holst.	61	69	51	0,89
Hannover	37	52	34	0,71
Westfalen	79	103	46	0,77
Rheinland	92	138	66	0,71
Meynland	74	154	54	0,47
Königreich Bayern	256	125	85	2,99
Sachsen	244	250	216	0,98
Württemberg	137	98	62	1,40
Großherzogtum Baden	106	123	74	0,86
Hessen	31	36	15	0,86
Thüringen, Staaten, Oldenburg und Braunschweig	27	40	26	0,68
Rhein- und Pfalz	18	36	14	0,50
Hamburg	241	209	199	1,15
Holl.-Lathringen	30	51	22	0,59

Aus den Verhältniszahlen in der letzten Spalte ist ersichtlich, daß die Arbeitslage in den einzelnen Landesgebieten sehr verschieden war. Der Gesamtdurchschnitt ist 1,01; darüber stehen die Zahlen in Ost- und Westpreußen, in Berlin, in Pommern und Posen, in Bayern, Württemberg und in Hannover. Besonders auffallend ist die große Zahl von Arbeitsuchenden im Verhältnis zur Zahl der offenen Stellen in Bayern. Demgegenüber waren auffallend wenig Arbeitsuchende (im Verhältnis zu den Stellen) in Rheinland, in Schlesien und in Holl.-Lathringen. Die Zahlen zeigen deutlich, daß die Arbeitskräfte sehr ungleich verteilt gewesen sind. Allerdings sind auch andere Faktoren (Lohnverhältnisse, Alter, Kopf und Wohnung, Art der Beschäftigung usw.) von großem Einfluß. Inwieweit dürfte ein besserer Ausgleich zwischen den einzelnen Gebieten geregelt werden.

Die Arbeitsschreiberei und Rechtsanwaltsstellen im Jahre 1915

Der langandauernde Kriegszustand, der den Mitgliederbestand der Zweigvereine unserer Zentralverbände stark verminderte, ohne daß in dem gleichen Maße eine Einschränkung der Kosten der Sekretariate herbeigeführt werden konnte, gefährdete vielfach den Bestand der Sekretariate, da die zu ihrer Erhaltung notwendigen finanziellen Mittel nicht in gleichem Maße wie vor dem Kriege eingingen. Die der Generalkommission angeschlossenen Zentralverbände waren sich jedoch dessen bewußt, daß gerade während des Krieges die Aufrechterhaltung der Arbeitsschreiberei durchaus notwendig war. Sie beschloßen deshalb, diese, wo es die Umstände erforderten, durch Zuschüsse lebensfähig zu erhalten. Durch dieser Beihilfe ist der Bestand an Sekretariaten auf gleicher Höhe wie vor dem Kriegsausbruch geblieben. Im Jahre 1915 betrug die Zahl der Sekretariate der Zentralverbände 129; das Jahr 1915 schließt mit 131 ab; darunter befinden sich 12 Sekretariate des Bergarbeiterverbandes. Der Kriegszustand hat jedoch auf die Tätigkeit der Sekretariate durch Entziehung von Sekretären, den damit verbundenen häufigen Wechsel der leitenden Kräfte und die Unterbrechung des Geschäftsganges ungünstig eingewirkt. In der Statistik für 1915 kommt die ungünstige Wirkung dadurch zum Ausdruck, daß an dieser von 131 Sekretariaten nur 119 durch Einfindung von Berichten beteiligt sind, die in einigen Fällen auch an unvollständigen Angaben leiden.

Von den an der Statistik beteiligten Sekretariaten werden in der Hauptsache 64 aus Mitteln der Kartellklassen, 29 durch Beiträge der beteiligten Organisationen und 12 durch direkte Beitragleistung der beteiligten Mitglieder unterhalten. Neben diesen Hauptemittenten erhalten noch regelmäßige Zuschüsse von der Generalkommission 34, von Parteiorganisationen 29 und von Arbeitervereinigungen 6 Sekretariate. Beihilfen aus Gemeindepfunden erhielten 4 Sekretariate; 11 werden vom Bergarbeiterverband und 2 Sekretariate von der Generalkommission unterhalten. Die Gesamteinnahme der beteiligten Sekretariate beträgt M. 588828, der eine Gesamtausgabe von M. 698495 gegenübersteht. Die Mehrausgabe von M. 22567 wurde aus den Klassenbespalten gedeckt, soweit Sekretariate eine eigene, von Kartell unabhängige Kassenführung haben. Die Zuschüsse der Generalkommission belaufen sich auf M. 58098 und die von Parteiorganisationen auf M. 10077.

Die 119 berichtenden Sekretariate wurden von insgesamt 335 948 Personen in Anspruch genommen. Bemerkenswert ist die gegen das Vorjahr stark gesteigerte Zahl der weiblichen Sekretariatstätigkeiten. Unter 610 695 Arbeiter, die 1914 die Sekretariate in Anspruch nahmen, befanden sich 143 845 Frauen = 23,6 pZt., während 1915 ihre Zahl 223 077 = 44,6 pZt. betrug. Diese Steigerung der Frequenz ziffer der Frauen steht natürlich in Verbindung mit dem Kriegszustand. Vielfach haben Frauen in Kriegsfolge die Sekretariate aufgenommen, und auch die in erheblichem Umfang erfolgte Geranzüchtung der Frauen zur beruflichen Tätigkeit wird mit zur flückeren Inanspruchnahme der Sekretariate durch weibliche Personen geführt haben.

Die Gesamtzahl der Auskünfte betrug 368 967; sie steht gegen das Vorjahr um 86 892 zurück. Den größten Teil der Auskünfte, 140 151, betrafen Fragen des bürgerlichen Rechts. Es folgte dann das Gebiet der Gemeinde- und Staatsangelegenheiten mit 157 876 Auskünften. Hier ist im Gegensatz zu allen andern Gebieten eine Steigerung der Zahl der Auskünfte, und zwar um 20 438 eingetreten. Es steht diese Erscheinung im Zusammenhang mit der Kriegsfürsorge, an der die Gemeinden hervorragend beteiligt sind. Sicher ist, daß von einem erheblichen Teil der Sekretariate Auskünfte über Familienunterstützungssachen von Kriegsteilnehmern unter diesem Titel oder unter "Militärwesen" registriert wurden. Nur 79 Sekretariate machten gesonderte Angaben über Familienunterstützungssachen. Diese Sekretariate verzeichnen zusammen 51 218 solcher Auskünfte. Schriftliche wurden insgesamt 167 790 gegen 180 361 im Vorjahre angefertigt.

Ueber persönliche Vertretungen von Rechtsanwälten vor Gerichten und Verwaltungsbehörden machten von den 119 berichtenden Sekretariaten nur 94 Sekretariate Angaben. Gerade auf diesem Gebiet hat sich der Mangel an damit vertrauten Kräften recht fühlbar gemacht. Die Zahl der im Jahre 1915 ausgeübten Vertretungen steht denn auch mit 4616 weit hinter der des Vorjahres, das 5178 Vertretungen ausweist, zurück. Von den im Jahre 1915 wahrgenommenen Vertretungen wurden 336 vor Versicherungs-, 224 vor Oberverwaltungs- und 295 vor Landesversicherungsämtern ausgeübt. Es fanden ferner vor den Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 793, vor Amtsgerichten 625 und vor Verwaltungsbehörden und -gerichten 110 Vertretungen statt.

Neben den Sekretariaten kommen dann noch als Rechtsberatungen die Zentralverbände der Gewerkschaften in Betracht. Gleich wie die Kartelle selbst, so wurden auch die Auskunftsstellen durch den Kriegszustand stark in Mitleidenschaft gezogen. Es liegen Berichte zur Jahresstatistik 1915 nur von 146 Auskunftsstellen vor. Ihre Zahl wird sicherlich größer sein. Mangelhafte Aufzeichnungen der Geschäftsvorgänge, bedingt durch häufigen Wechsel der Vertreter, wird in vielen Fällen die Nichterfüllung eines Berichtes verursachen haben. Nur 121 Auskunftsstellen machten Angaben über Auskunftserteilung.

Die Rechtsberatungsstellen der Zentralverbände haben im weitesten Maße während der Kriegsdauer zum Wohle der Arbeiterschaft gewirkt. Auch im Jahre 1915 war es möglich, die bisher tätigen Arbeitersekretariate aufrechtzuerhalten. Hoffen wir, daß auch bei der weiteren Fortdauer des Krieges ihr Bestand nicht erschüttert wird und später, wenn erst der mit Sehnsucht erwartete Friede den Vätern wiedergegeben ist, die Rechtsberatungsstellen der Zentralverbände zu neuer, tatkräftiger Entfaltung kommen werden.

Für besseren Säuglings- und Kinderstich.

Es wird eine der Folgeerscheinungen des Krieges sein, daß er mit seiner großen Vermichtung an Männern in der besten Lebenskraft und mit seinem danebenherhschreitenden starken Geburtenrückgang, der aller Wahrscheinlichkeit nach auch für die nächsten Jahre nach dem Kriege noch anhalten wird, den Staat und die Gesellschaft zwingt, härter als bisher die Bahnen eines vermehrten und besseren Säuglingsstichs zu beschreiten. Die ungeheuren direkten und indirekten Verluste des Weltkrieges nötigen weite Kreise heute schon, sich mit diesem Problem zu beschäftigen, und in der öffentlichen Diskussion melden sich immer mehr Stimmen an, die nicht länger mehr die bisherigen Mängel auf dem Gebiete der Säuglingsfürsorge beschönigen und Maßnahmen verlangen, ähnlich denen, wie sie bisher hauptsächlich nur von der Sozialdemokratie verlangt worden, die dann aber fast immer als übertrieben und unannehmbar bezeichnet wurden. So hielt vor einigen Monaten in Berlin der Verband der vaterländischen Frauenvereine Brandenburg eine Tagung ab, in deren Mittelpunkt ein Vortrag stand, den Geheimrat Dr. Krohne, Vortragender Rat im Ministerium des Innern, über das Thema: "Die Bedeutung einer verbesserten Säuglingsfürsorge für Deutschlands Zukunft" hielt. Was dieser Herr, dessen Rede nach einem damaligen Bericht der Tagespresse von überzeugender Kraft getragen war, an Tatsachen vorführte und an Mitteln und Wegen zur Besserung vorzuschlag, erhärtet in autoritativer Weise die Richtigkeit der Kritik, wie sie die Sozialdemokratie seit jeher in dieser Frage gelebt hat, und die Verächter der Forderungen, die sie auf diesem Gebiete vertreten hat. Er zeigte, wie schlecht Deutschland und Frankreich und sogar gegenüber Italien dastehen. In Deutschland sterben von 1000 Kindern 150 unter zwei Jahren, in England nur 90 und in Norwegen gar nur 85. Wenn wir in Deutschland nur auf den Stand von Frankreich gelangen könnten, so würde dies bedeuten, daß jährlich 120 000 Kinder mehr am Leben blieben. Aber man habe mit dem kostbarsten Gute der Nation, mit den Kindern, geradezu Verschwendung getrieben, da der steigende Geburtenüberschuß Deutschland hat seit längerem einen jährlichen Bevölkerungsüberschuß von 900 000 gehabt zu einer großen Aufzucht geführt habe. Zu einer großen Aufzucht in bezug auf die Pflege und Erhaltung junger Menschenleben - kann es eine hitzige und härtere Aufgabe geben?

Dabei hat der Herr Geheimrat, indem er seinen Rechenstempel nur den Unterschied zwischen Deutschland und Frankreich zugrunde legte, das Bild der Tatsachen noch in einem sehr milden Lichte gezeichnet. Zudem er zu keiner Gegenüberstellung Frankreich erwähnte, ließ er die vorhandenen Kontraste gar nicht scharf hervorheben. Denn besser nach als Frankreich steht in der Säuglingssterblichkeit die Schweiz mit 128, Holland mit nur 87, Schweden mit nur 75, Neuseeland mit gar nur 31 vom Tausend. Gewiß ist es auch in Deutschland gelungen,

die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren dauernd herabzubringen. Im Jahre 1901 starben von 1000 Lebendgeborenen noch 207 im ersten Lebensjahre, während es jetzt nur noch 150 sind. Aber Neuseeland und auch manches europäische Land zeigen, daß noch viel mehr erreichbar ist.

Die Gründe, die in Deutschland für den hohen Prozentsatz der Säuglingssterblichkeit maßgebend sind sowie die Mittel und Wege zur Abhilfe, wie sie der Herr Geheimrat zeigte, sind von der Sozialdemokratie längst zum hundertsten Male in der Öffentlichkeit vertreten worden.

Der Herr Geheimrat nannte als Gründe die fortschreitende Fehlarbeit in der Erziehung Deutschlands, die Ansammlung in den Großstädten mit der herrschenden Wohnungsverhältnisse, den Mangel, daß die Frauen mehr und mehr gezwungen sind, am eigentlichen Erwerbsleben teilzunehmen (die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in Deutschland von 5 264 000 im Jahre 1895 auf 9 500 000 im Jahre 1910 angewachsen), die erschreckende Unkenntnis in der Säuglingspflege, die in vielen Kreisen des Volkes zu finden ist.

Er verlangte als Abhilfsmittel zweckentsprechende Auszubildung der weiblichen Jugend, und zwar schon in der Schule, bessere Ausbildung der praktischen Ärzte in der Kinderheilkunde, Reform des Hebammenwesens, bessere Entbindungsanstalten, obligatorische Unterstützung durch die Krankenkassen und die Verlängerung der Unterstützungszeit in besonderen Fällen von acht auf zwölf Wochen, kommunale Säuglingsfürsorge und Mütterberatungsstellen in jeder Stadt, in jedem Dorf, Kinderkrippen in den Großstädten, eine bessere Fürsorge für die unehelichen Kinder, einen besseren Mutterstich und anderes durch die Umgestaltung der Reichsversicherungsordnung im Sinne einer dauernden Aufrechterhaltung der Reichswochenhilfe.

So, wie oft ist dies alles von der Sozialdemokratie gesagt und bei geeigneter Gelegenheit durch zweckentsprechende Anträge verlangt worden! Nicht nur während des Krieges, auch vorher, solange sie besteht und wirkt, es sei nur erinnert an ihre Anträge bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung. Heute hat man sich unter dem Druck des Krieges verstanden zur Einführung der Reichswochenhilfe. Als aber das, was durch sie jetzt geltendes Recht geworden und noch manches andere, was sich in den Vorschlägen des Herrn Geheimrats findet, von der Sozialdemokratie bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung verlangt wurde, sind ihre Anträge samt und sonders abgelehnt und auch von der Regierung als unannehmbar bezeichnet worden! - Wir sind der Auffassung, daß es notwendig wäre, daß alle im Erwerbsleben stehenden Schwangeren und Wöchnerinnen ihren durchschnittlichen Arbeitsverdienst weiterhalten. Der Staat müßte sich zu der Anschaffung aufschwängen, wie ihn der Reichstagsabgeordnete David auf der letzten Tagung des Bundes für Mutterstich ausdruck gab: daß die Frau, die der Gesellschaft ein Kind schenkt, im Staatsdienst stehe. Wir sind der Auffassung, daß auch den unehelichen Kindern die volle Gleichberechtigung gebührt, wie das in der Schweiz und in Norwegen bereits der Fall ist. Wir bekämpfen mit allen Kräften die schlechten Wohnungsverhältnisse, die Unterernährung und Fütterung, die, jedes für sich häufig nachweisbar, ganz unmittelbare, große Ursachen der Säuglingssterblichkeit sind. Diese Ursachen aber stehen alle wieder in unmittelbarem Zusammenhang mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, der gesamten Lebenslage. Und so ist der Kampf der Arbeiterklasse um höhere Löhne und bessere Arbeitsverhältnisse, um höhere Lebensbedingungen in jeder Form, ein Kampf um bessere Volksgesundheit, um Wahrung und Mehrung der Kraft eines Volkes. Dieser Kampf, als Ganzes genommen, ist auch das beste Programm zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit. In diesem Sinne werden wir weiter kämpfen. Und die Bürgerlichen, wenn auch sie mit der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Ernst machen wollen, können dies nur, indem sie Teile unserer Forderungen zu den ihrigen machen. Soweit bis jetzt ein Stückgang der Säuglingssterblichkeit durch soziale Fürsorge bewirkt worden ist, ist es vorwiegend ein Verdienst der Städte und der in ihr tätigen Sozialdemokraten.

Die Gewerkschaftsbewegung Norwegens im Jahre 1915.

Die gewerkschaftliche Landesorganisation Norwegens hat durch ihren Vorsitzenden und ihren Schriftführer P. Næve einen Bericht über die Tätigkeit der Gewerkschaftsverbände für das Jahr 1915 herausgegeben. Wir entnehmen diesem folgenden Auszug.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat sich besonders mit der Lebensmittelfrage befaßt, nicht nur um die Löhne der Arbeiter durch Lohnbewegung und durch beantragte Zenerungszulage zu erhöhen, sondern sie hat sich viel Mühe gegeben, um die Regierung dazu zu bringen, daß sie die ganze Lebensmittelfrage regeln sollte. Die Generalkommission hat einen kooperativen Ausschuss gebildet, um den kooperativen Gedanken in die Volksschichten hineinzutragen und dadurch Neugewinn für die Arbeiterbewegung zu erlangen. Flugblätter in Auflagen von mehreren Tausenden sind über das ganze Land verbreitet worden. Versammlungen sind einberufen worden und haben überall guten Erfolg gehabt. Der für die Arbeiterbewegung Norwegens so drohenden Gefahr - dem gezwungenen Schiedsgericht - hat die Generalkommission auf das Ernstlichste entgegengearbeitet. Sie hat in allen Landesteilen Volksversammlungen abgehalten, um eine Protestbewegung durch das Gesetz zu wecken. Die liberalen und konservativen Politiker aber: führten im Reichstag das Gesetz durch.

Der Frauenverband der Arbeiterpartei hat eine besondere Tätigkeit zu verrichten. Der Verband hat eine große Agitation unternommen, um das Kindergesetz im Reichstag in eine bessere Bahn zu lenken. Derselbe hat große Versammlungen einberufen und abgehalten, um den Frieden abzuwahren. Bei dieser Gelegenheit wurden Begrüßungstelegramme von den Schwestern der ganzen Welt empfangen. Der Frauenverband hat einen Zuwachs von 14 neuen Abteilungen mit 237 Mitgliedern gehabt, so daß der Verband beim Jahreschluss 2300 Mitglieder zählt.

Die Gewerkschaftszentrale Norwegens umfaßt 28 Landesverbände und fünf einzelstehende Vereine mit am Jahreschluss insgesamt 77 968 Mitgliedern, gegenüber 67 255 Ende 1914, was einen Zuwachs von 10 713 im Laufe des Jahres

ergibt. Die Arbeitsverhältnisse sind überall durch Nebenbuhler geregelt worden. Im Jahre 1915 haben die Verbände 55 neue Nebenbuhler mit den Arbeitgebern errichtet, die neuen Nebenbuhler umfassen 3305 Arbeiter. Im ganzen haben die Verbände mit den Arbeitgebern 857 Nebenbuhler geschlossen, welche die Arbeitsverhältnisse für 96 133 Arbeiter regeln. Im Laufe des Jahres 1915 sind 17 212 Arbeiter an der Lohnbewegung gewesen, und sie haben eine Lohnerhöhung von Kr. 2 045 776 pro Jahr oder Kr. 130,22 pro teilnehmenden Arbeiter in demselben Zeitraum erreicht. Außerdem haben 2677 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 3,11 Stunden pro Woche und Arbeiter bekommen.

Bei der Lohnbewegung ist es in 108 Fällen zum Streit gekommen; die Streiks umfaßten 3741 Arbeiter, und dadurch gingen insgesamt 315 100 Arbeitstage verloren oder 38,16 Arbeitstage für jeden beteiligten Arbeiter. Um die streikenden Arbeiter zu unterstützen, wurden Kr. 354 532,09 Streikunterstützung ausgezahlt oder Kr. 67,15 für jedes streikende Mitglied.

Die Verbände haben sich viel Mühe gegeben, um den Arbeitern Ferien zu verschaffen, und es ist auch in 30 Fällen gelungen, so daß jetzt 16 222 Arbeiter geregelte Ferien von acht Tagen haben.

Die Generalkommission gibt ein Mitteilungsblatt und die Verbände geben 28 Fachblätter heraus.

Durch die Arbeitslosigkeit sind 20,49 Tage pro Mitglied verlorengegangen, 1914 hat die Arbeitslosigkeit den Arbeitern 21,51 Tage pro Mitglied gekostet; Krankenbau hat 6,48 Tage und der Militarismus 6,58 Tage pro Mitglied genommen. In den Beiträgen, welche die Mitglieder der verschiedenen Verbände bezahlen müssen, ist ein großer Unterschied. Sie variieren zwischen Kr. 83,20 und Kr. 10 pro Mitglied und Jahr, durchschnittlich zahlt jedes Mitglied Kr. 28,20 als ordentlichen Mitgliedsbeitrag. Außerdem zahlte 1915 jedes Mitglied einen außerordentlichen Streikbeitrag von Kr. 3.

Die Einnahmen und Ausgaben der Verbände zeigen sich in folgender Weise:

Einnahmen.	
Eintrittsgeld	Kr. 98 794,80
Mitgliederbeiträge	2 072 693,74
Erbbeiträge	106 441,10
Streikbeiträge vom Ausland	26 492,86
Zinsen	100 774,96
Staatsbeiträge an die Arbeitslosenkasse	119 185,49
Krankenkasse	68 673,44
Andere Einnahmen	31 406,73
Summa	Kr. 2 551 465,11

Ausgaben.	
Unterstützung bei Konflikten	Kr. 587 300,96
Andere Ausgaben bei Konflikten	48 085,06
Beiträge an die ausländischen Organisationen	4 004,42
Beiträge an die Gewerkschaftszentrale	145 684,88
Reise- und Arbeitslosenunterstützung	240 202,82
Krankenunterstützung	587 522,77
Versicherungs- und Verdigungsbeiträge	192 322,65
Invaliden- und andere Unterstützung	18 682,06
Löhne	140 217,83
Fachblätter	24 867,27
Agitation	29 334,59
Verbandsitage, Kongresse und Konferenzen	57 440,11
Druckkosten und Bureaukosten	30 471,54
Andere Ausgaben	121 472,52
Summa	Kr. 2 208 333,84

Abstieg.	
Gesamteinnahme	Kr. 2 551 465,11
Gesamtausgabe	2 208 333,84
Verfügungswachs	Kr. 343 131,27

Das Vermögen der verschiedenen Verbände und pro Mitglied.

Name des Verbandes	Verbandsvermögen	Pro Mitglied	
		31. Dez. 1915	31. Dez. 1914
Arbeitsmannsverband	470 649,96	21,19	26,82
Bäcker- und Konditorenverband	51 437,04	31,53	22,72
Buchbinderverband	65 129,07	54,86	60,90
Zentralverein der Buchdrucker	263 043,96	88,96	83,57
Formerverband	191 467,70	112,59	104,03
Goldschmiedearbeiterverband	28 125,55	48,18	28,30
Hofen- u. Transportarbeiterverb.	53 823,44	16,12	18,22
Eisen- u. Metallarbeiterverband	946 598,42	60,84	57,78
Fuhrwerk- u. Handelsarbeiterverb.	12 418,-	11,73	9,37
Lithographischer Verband	49 867,11	112,85	111,52
Malerverband	37 062,07	35,74	35,86
Matrosen- und Heizerverband	34 321,41	16,06	15,09
Maurerverband	47 739,01	30,80	44,51
Möbelindustriearbeiterverband	85 096,27	64,03	62,60
Papierindustriearbeiterverband	138 565,81	22,56	8,26
Säge- u. Hobelarbeiterverband	67 852,85	19,56	17,56
Sattler- und Tapeziererverband	41 740,78	16,70	13,37
Hüte- u. Lederarbeiterverband	6 068,40	16,51	9,88
Holz- u. Ackerbauarbeiterverb.	43,65	—	2,93
Schuhmacherarbeiterverband	57 455,07	30,59	25,04
Schlachter- u. Wurstmacherverb.	3 078,27	16,20	8,45
Schneiderverband	15 869,76	13,11	16,58
Strassenbahnarbeiterverband	7 872,74	14,39	8,89
Steinhauerverband	27 958,81	35,82	33,47
Tafelarbeiterverband	8 223,16	9,81	6,52
Verb. d. Kristallarbeiterinnen	4 220,92	21,10	14,73
Verb. d. Buchdrucker	149 322,16	39,47	40,55
Fachverein der Vergolder	—	—	—
Christianas	1 766,25	66,16	59,84
Verein d. Seiler Frederiksdans	254,37	14,13	18,29
Verein der Goldleistenarbeiter	—	—	—
Lewangers	276,10	19,72	15,30
Verein d. Futarbeiter Christianas	4 729,56	75,07	78,24
Verein der Korfschneider	7 846,-	145,30	162,19
Verein der Bierbrauer	—	—	126,42

Das Vermögen der gesamten Verbände betrug am 31. Dezember 1915 Kr. 2 879 447,67, pro Mitglied am 31. Dezember 1915 Kr. 35,97, am 31. Dezember 1914 Kr. 37,79.

Verbandsnachrichten.

Übernahme des Verbandsbuches.

Zur Beachtung für alle Zahlstellen mit weiblichen Mitgliedern!

Vielfache Anfragen: Die Nummer 25 der Gewerkschaftlichen Frauenzeitung ist der Expedition des Verbandes... Der Verbandsvorstand. J. H. D. Allmann, Vorsitzender.

Darstellung.

Vom 18. bis 21. Dezember gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein: Für November: Bielefeld 11,05, Striegau 15,80, Karlsruhe 13,70, Mannheim 138,14, Dresden 296,74, Chemnitz 399,20, Braubach 25,62, Solingen 48,44, Straßburg 70,10, Somburg 26,89, Mainz 23,20, Kaiserlautern 6, Gießen 7,22. Für November und Dezember: Weifenfels 11,29,32. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: E. G. Oranien 11,29,32. Für Abonnements und Annoucen: Nürnberg 11,29,32. Mit der Hauptkasse rechnen für November: Unstrut, Greif, Dornberg, Garburg, Königsberg, Nürnberg, Udenburg, Schmolln, Weiswiler und Spremberg. Für Oktober und November: Jechow und Waldenburg. Abrechnung ohne Geld gefandt: Gotha und Regensburg. Der Kassier: D. Freitag.

Kriegsverluste des Verbandes.

Bezirk Bismarck: Richard Müller (Sonneberg), 42 Jahre alt, gestorben in einem Lazarett. Ihre reinen Andenken!

Lohnbewegungen und Streiks.

Feuerungszulagen in Gewerkschaftsbetrieben. Der Bauarbeiterverband Darmen hat am 15. Dezember... Der Bauarbeiterverband Bielefeld zahlte am 15. Dezember die monatliche Feuerungszulage... Der Nürnberger Bauarbeiterverband hat beschlossen, sämtliche Bäckern monatlich 10 Feuerungszulage zu zahlen.

Jahresabschluss.

Die Firma Straßmann & Meier in Bielefeld brachte am 8. Dezember wieder eine einmalige Feuerungszulage an ihre Beschäftigten zur Auszahlung, und zwar erhielten die Arbeiter 10, einige jüngere Arbeiter 12, Arbeiterinnen über 16 Jahre 12 und unter 16 Jahren 8.

Korrespondenzen.

Überlebt. Richard Gebauer. Ein braver und abgeleiteter Verbandskollege ist in Richard Gebauer am 20. Dezember nach kurzer, schwerer Krankheit aus dem Leben geschieden. Richard Gebauer war ein tüchtiger Mitglied... Der Verband der Zahlstelle Oberfeld-Darmen.

Algerische Kämpfe.

Die Wehrmacht hat am 25. Dezember in Algerien eine bedeutende Offensive unternommen, die zu einem vollständigen Sieg führte. Die deutsche Luftwaffe hat sich ebenfalls hervorgetan...

Gewerkschaftliches.

Das Komitee des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine hielt am 14. Dezember im Sitzungszimmer der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine Sitzung ab. Anwesend waren als Vertreter der Genossenschaften Herr Lorenz, Kaufmann, Nipper, Goering und Berger...

Die Genossenschaften stellen mit, daß zum genossenschaftlichen Vorwissen Herr Lorenz, zum Stellvertreter Herr Nipper bestimmt sei.

- Folgende grundsätzliche Entscheidung wurde gefaßt: a) Falls eine Schicht infolge Material- oder Wehnmangels oder aus andern betrieblichen Umständen ausfallen muß, so ist diese Schicht, sofern die Bäder unter tarifmäßiger Führung stehen und tarifliche Wochenlöhne vorgezogen sind, zu bezahlen; b) fallen infolge Material- oder Wehnmangels oder aus andern betrieblichen Umständen einige Stunden einer Schicht aus, für die die Bäder bereits zur Arbeitsleistung angetreten sind, so daß Arbeitsbereitschaft vorliegt, so sind diese Stunden als Arbeitsstunden anzuzählen und entsprechend zu bezahlen; c) ist aus den obgenannten Umständen die Verlegung einer Schicht erforderlich, und ist den Bädern von dieser Verlegung spätestens am Tage vorher Mitteilung gemacht worden, so findet, falls die geleistete Schicht innerhalb der tariflichen Arbeitszeit liegt, eine besondere Entschädigung nicht statt.

Literarisches.

Sieben erschien: Staatsarbeiterrecht oder Reform des gesamten Arbeitsrechts. Von F. Kurth: München. Herausgegeben im Auftrag des Deutschen Eisenbahnerverbandes von L. Brummer-Berlin. Preis 50 Pf. Der Verfasser dieser Broschüre ist Angehöriger des Deutschen Metallarbeiterverbandes in München; er hat sich seit einer Reihe von Jahren eingehend mit den Verhältnissen der Staatsarbeiter befaßt und das Ergebnis seiner Studien und Erfahrungen in dieser Arbeit zusammengefaßt. Zum ersten Male wird hier die Frage, ob die Rechtsverhältnisse der Staatsarbeiter in einem besonderen Staatsarbeiterrecht oder im Rahmen eines allgemeinen Arbeiterrechts geregelt werden sollen, eingehend und umfassend behandelt. Nach allen Seiten hin beleuchtet Kurth die Frage, um zu dem Schluß zu gelangen, daß Staatsarbeiter wie Privatarbeiter in gleicher Weise an der Reform des Arbeiterrechts interessiert sind und ein besonderes Staatsarbeiterrecht zu verwerfen ist. Das sorgfältige, umfassende Studium der ganzen Materie kommt in der Broschüre durch viele Hinweise auf die einschlägige Literatur und die Wiedergabe bezüglicher Äußerungen von Staatsrechtsschreibern, Juristen und Politikern zum Ausdruck und macht sie ebenso interessant wie lehrreich. Das Lesen dieses Schriftchens ist für jeden Staatsarbeiter, aber auch für jeden anderen, der sich mit der Frage, ob Staatsarbeiterrecht oder Reform des allgemeinen Arbeiterrechts vertraut machen will, unerlässlich. Verstellungen nimmt jede Buchhandlung sowie die Geschäftsstelle des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Berlin D. 16, Engelstraße 18, entgegen.

Als deutscher Mauerer durch das Morgenland. Erlebnis und Abenteuer von Fritz Ulrich. Bearbeitet von A. Ellinger und H. Wünnig, mit Zeichnungen von W. Wähstet. Verlag von Fritz Ulrich, Altona-Hamburg. Preis broschiert 1,50, gebunden 2,-. Die Bearbeiter sagen im Vorwort, daß das Buch in erster Linie für die wandernden Arbeiter und auch für alle diejenigen bestimmt ist, die sich für das Wanderleben interessieren. Letztere werden in der Tat, auch wenn sie selbst nicht gewandert sind, in den an sich ungeschminkt, einfach in zeitlicher Folge gegebenen Reisebeschreibungen Gefallen finden. Der Leser fühlt es, daß der Verfasser mit den unbelaugerten Augen des jungen, gerade der Lehre entlassenen Menschen Land und Leute gesehen hat und seine mitunter sehr abenteuerlichen Fahrten gewinnen Gewand dadurch eine gewisse Rundheit der Beschreibung an Glaubwürdigkeit und Interesse. Einiger Bibliophilie unterliegt den Eindruck der im ganzen recht langweilig zu lesenden Kreuz- und Querfahrten durch Deutschland, die Schweiz, Italien und das Morgenland.

Jungvolk-Almanach 1917. Zum fünften Male prägt sich in dem bekannten schmucken Gewand der Jungvolk-Almanach seiner Lesergemeinde und auch diesmal wieder ist ein reiche Abwechslung im bildenden wie im unterhaltenden Teil beobachtet worden. Die Jugendbewegung und ihre Praxis behandelt der Aufsatz über die Arbeiterjugend im Kriegsjahr 1916 sowie der auf Kritik gestimmte Artikel 'Wanderleben und Wandergestir'. Zwei geübte historische Abhandlungen sind der Entwicklung des Welthandels und der Geschichte des Reichstags gewidmet, während ein mit originalen Federzeichnungen reich illustrierter kunsthistorischer Aufsatz den Leser in das Wunderland der Pyramiden führt. Ein weiterer kunsthistorischer Beitrag charakterisiert den verstorbenen genialen Zeichner Rudolf Bille; auch diesem Aufsatz sind zahlreiche Illustrationsproben beigegeben, darunter einige unverzichtliche Zeichnungen Billes. Daß in einem aktuellen Zeitbuch der Weltkrieg nicht fehlen darf, ist selbstverständlich, und so finden wir auch in diesem Jahrgang eine übersichtliche Chronik des letzten Kriegsjahres, ferner einen interessanten historisch-ethnologischen Aufsatz über die indischen Hüllsodler der Engländer, die Sepoy und Sowars, eine Ergänzung zu dem vorjährigen Kalenderaufsatz über die farbigen Franzosen.

In diesen aktuellen Zusammenhang gehört schließlich ein Aufsatz des berühmten Satirikers G. H. Lichtenbergs über Krieg und Fastenschulen der Chinesen. Im Mittelpunkt des unterhaltenden Teils steht eine ergreifende Geschichte der russischen Revolution, während kleinere erzählende Beiträge auch dem Frohsinn sein heute nur allzu berechtigtes Recht geben. Den Text durchziehen eine Fülle von geistvollen Gedichte und Abbildungen. Dieser Jungvolk-Almanach eignet sich vorzüglich zum Weihnachtsgeschenk für unsere Genossen im Felde. Der Preis ist trotz der erhöhten Herstellungskosten der alte geblieben, 25 Pf. für Jugendliche, 50 Pf. im Buchhandel. Die Jahrgänge 1913, 1914 und 1915 sind noch in beträchtlicher Anzahl vorhanden. Bestellungen sind an die Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Lindenstr. 13, zu richten.

Spätkaus am 30. Dezember ist der 1. Nacharbeitstag für 1917 (31. Debr. bis 6. Januar) fällig.

Mitglied- bzw. öffentliche Werksammlungen. (So nichts Besondere vermerkt, bezieht sich die Zeilangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Freitag, 31. Dezember: Plauen: 9 Uhr, 'Deutsches Haus'. - Müritzen: Wilhelmshagen: Bei Buddenberg, Müritzen 1, Peterstr. 86. Dienstag, 2. Januar: Guben: 8 Uhr in der 'Lohnhalle', Meistergerdstraße. - Potsdam: 8 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Str. 38. - Regensburg: 7 Uhr, 'Schillerlinde', Gledensgasse 31. Mittwoch, 3. Januar: Dortmund: 8 Uhr, Gaffhaus, 'Zum Viehmarkt', Steinstraße. Sonnabend, 6. Januar: Celle: 8 Uhr bei Knoop, Finkenwiese. Sonntag, 7. Januar: Duisburg: Vorm. 10 Uhr im 'Bienenhaus', Friedrich-Wilhelm-Platz.

Anzeigen.

Richard Müller aus Wengertgerenth im Alter von 42 Jahren. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten. [M. 3,60] Zahlstelle Sonneberg i. Th.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei Hans Derfuss, Schneidemeister, Hengasse 2, 1. Et.

'Sudheuerntsch' bestbewährtes Mittel zum Streichen der Bleche und Formen. Probestück M. 6, von 5 kg an ab M. 5,50. Sehr zu empfehlen! Liebig & Co., G. m. b. H., Leipzig 2, Kohlgartenstraße 8. Telefon 2290.

Kaffee Kriegsmischung, ca. 25 Pf. Bohnenkaffee 10 Pfund-Packung M. 14.- La Ammonium 10 Pfund-Packung M. 10,50 La Backpulver 10 Pfund-Packung M. 14.- Meyer & Keller, Worms a. Rh.

REIDL'S BACK PULVER bei 9 Pfd. à M. 1,60 ab 25 . . à . 1,50 . . 50 . . à . 1,40 . . 100 . . à . 1,20 ab Station Dresden gegen Nachnahme Größisten Sonderpreis Nährmittelfabriken Radolf REIDL Dresden-D. O. 13 Hermsdorfer Straße